DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMO-KALENDER Seite 6

Finanzexperte Ernst Wolff warnt vor dem digital-finanziellen Komplex. DW-Interview im Panorama Seiten 12 und 13

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 93 ab Samstag 11. Juni 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler und 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

100 MILLIARDEN NATO-SCHWACHSINN:

WIR HOLEN UNSER GELD ZURÜCK!

- Kriegskredite • GEZ-Konzernpresse • Corona-Terror
- Es gibt kein »Sondervermögen«: Die 100.000.000.000 Euro gehören uns!

Die Mitte der Gesellschaft steht auf gegen den Wahnsinn. Am 25. Juni 2022 wollen Demokraten aus ganz Europa auf das Zentrum des irren Corona-Kriegsregimes stürmen: Die EZB in Frankfurt/Main (Seite 7).

Anstatt Pharma-Pfusch (Seite 3), Kriegstreiberei und zenralen Überwachungsstaat wollen sie die Verfassungserneuerung von unten und Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen selbst einführen.

Die Nato-Ostfront hat 2014 mit der Maidan-Inszenierung begonnen. Dieser »heiße Krieg« kann niemals gewonnen werden (Seite 11). Deutschland erlebt ein neues 1989 (Seiten 6/7).

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 93. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

NICHTOHNEUNS.DE

Unser Kollege in Belmarsh

Der Preis der Republik geht an Julian Assange. | LAUDATIO
von Anselm Lenz



An seiner Person muss sich »der Westen« messen. Der Enthüllungsjournalist Julian Assange stellte unvorstellbare »Sümpfe« im Kriegs-, Polit- und Wirtschaftsapparat bloß.

Aufrichtige Bewunderung wird dem Wikileaks-Gründer zuteil, der ohne Rancune über die Geißel der Menschheit aufklärte: Krieg und Kriegsapparat. Assange wurde nach vielfachen Preisverleihungen ab 2010 selbst Ziel der parasitär-terroristischen Nato-Apparatschiks. Seit dem Jahr 2010 wird ihm mit grauenhaftesten Methoden – und Lügen – nachgestellt. Derzeit wird Assange im englischen Gefängnis Belmarsh gefoltert, soll an den Tiefen Staat der USA ausgeliefert werden.

Assange erhielt für seine Leistungen 2009 den Amnesty-Medienpreis, 2010 den *Time-Magazine*-Preis »Person des Jahres, Leserwahl«, 2013 den Global-Exchange-Menschenrechtspreis, 2019 den Friedenspreis der *Neuen Rheinischen Zeitung*, 2020 den Stuttgarter Friedenspreis – und nun den derzeit angesehendsten Öffentlichkeitspreis in Deutschland: Den Preis der Republik! Assange muss sofort freigelassen, rehabilitiert und entschädigt werden.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Julian Assange. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel, Jürgen Günther (Hg.)
»CORONA – Inszenierung einer Krise«

S & L Berlin, Mai 2022, 476 Seiten, 28 Euro.

Zu bestellen via demokratischerwiderstand.de und im unterstützenswerten einzelnen Buchhandel.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Zum Zeitgeist

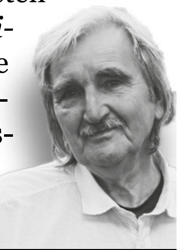
EINWURF *von Werner Köhne*

Kultur kommt da in Schwung, wo sie heute seriell und rotzig-trotzig daher kommt. Besondere Geschenke verteilt die Kulturelite heute an die Spezies der *Headwriter*, *Showrunner* und *Creators*, die etwa im Bereich des Filmischen agieren und Radikalität mit Feinsinn verbinden.

Das geht immer. Man suggeriert dabei meist, dass Kultur im tiefen Wurzelwerk des Lebens gründet aber es irgendwie auch schick und »*bigger than life*« zugehen sollte. Vor einiger Zeit bin ich auf eine achtteilige TV-Staffel gestoßen mit dem Titel »*Deadline*«. Das Drehbuch dazu haben ein gewisser Johannes Boss und eine gewisse Nena Gartenbrink verfasst: Es geht um eine Schwellenerfahrung: vier Frauen um die 30, Freundinnen aus der Pennälerzeit, treffen sich wieder. Inszeniert wird das als ein Wort-Bild-Wirbel, der fast ausschließlich durch die besagten Ideengeber entfesselt wird.

Natürlich *googelt* der Mensch, der ich bin, diesen Creatoren nach. Johannes Boss wirkt schüchtern auf den wenigen Fotos. Nina Gartenbrink Gesichtsausdruck tut alles, um Up-to-date-Vielseitigkeit zu demonstrieren. Wie es der Zufall will, wird die inzwischen 37-jährige so vorgestellt: Geboren in Iserlohn, im Stadtteil Lethmate ihr Abitur bestreitend – bevor sie ihre Duftmarken auf der Karriereleiter setzte. Lethmate, denke ich – Lethmate? Richtig: 1971 war ich dort mit meiner Gefährtin M. Es zog uns in die dortige Tropfsteinhöhle, die damals generalüberholt wurde und für Besucher nicht zugänglich war; was uns nicht davon abhielt, uns hineinzuschleichen, wo wir gar die Nacht verbrachten, am Morgen aber mit der mulmigen Gewissheit aufwachten, dass man über das Wochenende die Höhle abgeschlossen hatte, wir also mindestens bis zum Montag ausharren mussten, wenn die Handwerker zurückkehrten.

Da also, in diesem Lethmate, wurde 15 Jahre später Nina Gartenbrink geboren, die dann schon in früher Jugend auf Kultur machte. Wie gesagt: rotzig und trotzig. Mich interessiert indes das: Wie haben sie und all die *Showrunner* und *Headwriters* die *Lockdowns* und sonstigen Beschränkungen überstanden? Ähnlich wohl wie die meisten *Trendscouts*, die *Comedians*, die Kabarettisten, die Herbert Gs und die Lindenbergs. Auf welches triste Stück »Zeitgeist« trifft man da.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

DIE ÄRZTE-INQUISITION

Die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) agiert wie ein Staat im Staat und vernichtet alle Abweichler der politischen vorgegeben Agenda. | Von einem österreichischen Arzt

Die ÖÄK ist die offizielle Vertretung der gesamten Ärzteschaft, und alle Ärzte des Landes müssen per Gesetz Mitglieder dieser Vereinigung sein. Nur die Zahnärzte sind heute in einer eigenen Kammer zusammengefasst. Die Hauptaufgabe der ÖÄK ist es, alle Interessen des Ärztestandes und die der jeweiligen individuellen Ärzte auf sämtlichen Ebenen des öffentlichen und beruflichen Lebens zu wahren und zu vertreten. Das ist prinzipiell eine gute Sache, sie hat aber einen mächtigen und unter Umständen ganz bösartig wirkenden Haken.

Als Institution verfügt die ÖÄK nämlich über ein gesetzlich festgelegtes Disziplinarrecht, dem alle Ärzte ohne Ausnahme unterworfen sind. Ein Disziplinarrecht sollte in der Interessenvertretung eines freien Berufs immer transparent sein, es sollte über eine klare Gewaltentrennung verfügen und dem modernen Verständnis eines Rechtsstaates entsprechen. Das tut es aber bei der Ärztekammer nicht, weil der Ärztekammerpräsident ein Weisungsrecht besitzt und den Disziplinaranwalt der Kammer (stets ein Jurist) anweisen kann, Verfahren gegen Mitglieder der Kammer einzuleiten.

Zusätzlich ist die nach einer Anzeige die entsprechenden Erhebungen durchführende und die angezeigte Causa untersuchende »Behörde« gleichzeitig auch diejenige, die das Disziplinarverfahren veranlasst. Entscheidet der oberste Ermittler (eben der vorher erwähnte Disziplinaranwalt), dass ein Verfahren aufgenommen wird, dann geschieht das auch. Anders gesagt: Es gibt keine saubere Gewaltentrennung und der Präsident hat letztlich eine fast absolutistische Macht über die Disziplinarkommission, weil er eben das Weisungsrecht besitzt.

PHARMAHERRSCHAFT IM RECHTSSTAAT

Übertragen in die regulären und bekannten Strukturen eines Rechtsstaates würde das bedeuten, dass die Polizei einem Richter anordnen kann, ein Verfahren durchzuführen und dass bei Gericht weiters auch immer ein Polizist ein Teil desselben ist. Zusätzlich könnte der Justiz- oder Innenminister die Behörden und Gerichte bei Bedarf anweisen, ein Verfahren gegen einen Bürger zu eröffnen. Der persönlichen Willkür und dem politischen Einfluss wären damit Tür und Tor geöffnet.

Bei der ÖÄK, die in dieser Hinsicht einen Staat im Staat darstellt, ist das aber im Bedarfsfalle sogar Standard – und dieser Standard entspricht in groben Zügen etwa jenem, über den die Spanische Inquisition vor 500 Jahren verfügte. Die Strafen im Disziplinarverfahren reichen von der Verwarnung über meist saftige Geldbußen bis hin zum befristeten oder dauerhaften Berufsverbot. Anders gesagt: Ein Disziplinarurteil kann im schlimmsten Fall die Existenz eines Arztes komplett vernichten. Das Instrument »Disziplinarrecht« ist also letztlich fast so wirksam wie der Scheiterhaufen der Inquisition.

Der besondere Clou dabei ist, dass angeklagte Ärzte immer für das Verfahren bezahlen müssen – selbst im Falle eines Freispruchs hat der Angeklagte die Kosten zu tragen. Auf den Anwaltskosten bleibt er natürlich ebenfalls sitzen. Und nicht nur das: Die gesamte Struktur wird von den Ärzten, die zur Kammermitgliedschaft verpflichtet sind, zur Gänze finanziert. Insgesamt entlohnt jeder beruflich aktive Arzt sämtliche Funktionäre bis hinauf zum Präsidenten: Die Kammer-Pflichtbeiträge machen circa 10 Prozent des ärztlichen Einkommens aus und ermöglichen es zum Beispiel dem Präsidenten, ein fünfstelliges Salär zu lukrieren. Dazu kommt noch ein gediegener Dienstwagen inklusive Chauffeur.

MEDIZINISCHER ABSOLUTISMUS

Die Corona-Krise hat die prinzipiell fragwürdige Struktur des Kammer-Disziplinarrechts insofern in den Fokus gerückt, weil der mittlerweile abgewählte Präsident Dr. Thomas Szekeres ein Verfechter der Impfpflicht, ein kompromissloser Anhänger der Impfung an sich und kammerintern sehr am Ausbau seiner Macht interessiert war. Der Ex-Präsident sah seine medizinische Meinung als die einzig legitime an und wollte dieselbe der gesamten Ärzteschaft oktroyieren. Er scheute auch nicht davor zurück, dafür das Disziplinarrecht zu missbrauchen – dieses räumt dem Präsidenten ja ein Weisungsrecht ein, welches er angeblich weidlich ausnützte: Laut interner Kammer-Quellen hat der Ex-Präsident zahlreiche Anzeigen gegen kritische Kammermitglieder persönlich eingebracht beziehungsweise veranlasst. Die angezeigten Verdachtsfälle betrafen fast ausnahmslos sachlich auftretende Kritiker der neuartigen Corona-Impfung beziehungsweise viele Gegner der Impfpflicht und der Kinder-Impfung.

Als krönenden Abschluss der Anzeigen-Flut schickte der Ex-Präsident im Spätherbst 2021 noch ein Rundschreiben an alle 48.000 Ärzte des Landes, in dem er implizit jede Kritik an der Impfung und an den Maßnahmen mit der disziplinären Verfolgung bedrohte. Das hier beschriebene Verhalten des obersten Interessenvertreters eines höchste Verantwortung tragenden Berufsstandes sorgte bei der Mehrzahl der österreichischen Doktoren geradezu für Entsetzen und viele versanken danach in Schweigen, um ihre Existenz nicht zu gefährden.

WER SCHWEIGT, STIMMT NICHT IMMER ZU

Diese Bedrohungslage war der Hauptgrund dafür, dass die Ärzteschaft in der Corona-Krise so zurückhaltend mit ihrer Kritik war. Es heißt zwar immer so apodiktisch, »wer schweigt, stimmt zu« – aber wer kann es zum Beispiel einem Arzt, der gerade mit hohen Schulden eine Ordination eröffnet hat und eine Familie ernähren muss, ernsthaft verdenken, wenn er aus existenziellen Gründen zähneknirschend die teils unsäglichen Äußerungen und Aktionen seines Präsidenten nicht kritisiert und lieber dazu schweigt, als sein berufliches Fortkommen zu gefährden?

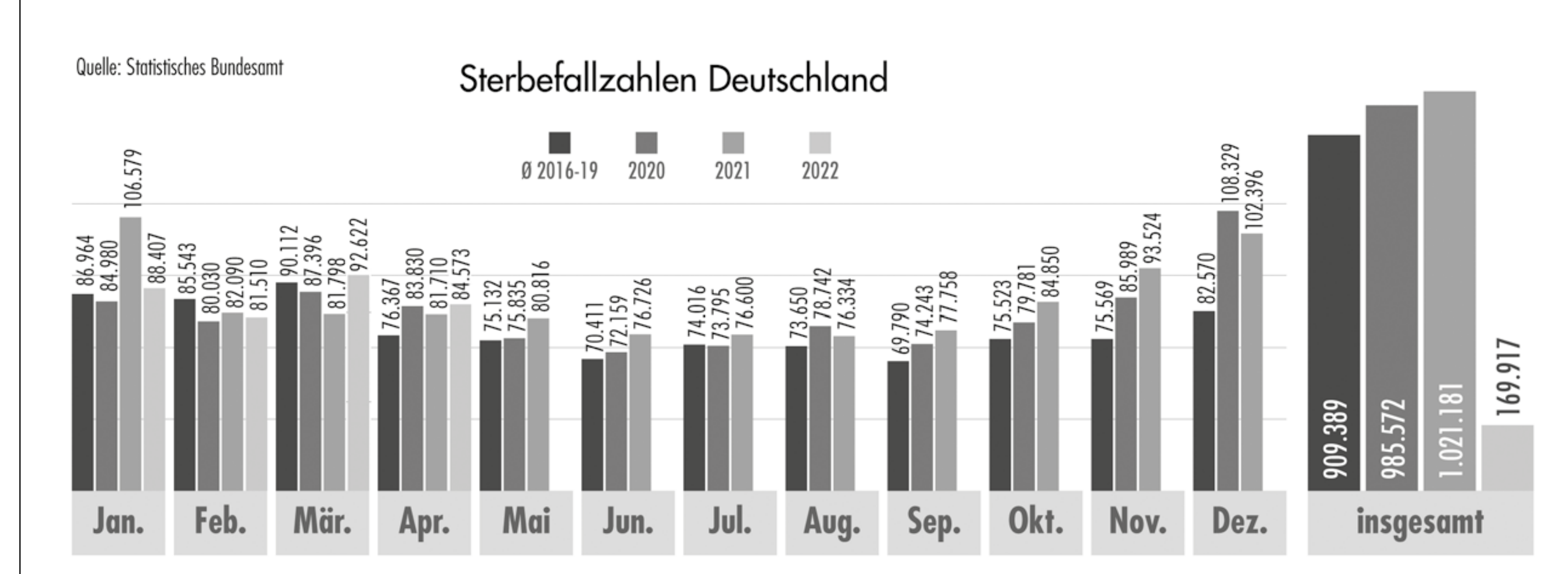
Eine kleine, dafür politmedial umso lauter auftretende Clique von präsidententreuen und systemkonformen Medizinern unterstützte Szekeres auf seinem Feldzug gegen die Meinungsfreiheit der Ärzteschaft, die ja nicht dem Präsidenten, sondern den Patienten verpflichtet ist. Bei den Kammerwahlen im Mai 2022 wurde eindrücklich gezeigt, dass die gegenläufigen Attitüden eines Szekeres in der Ärzteschaft nicht geschätzt werden. Szekeres ist nun nicht mehr Präsident. Und das ist gut so. Jetzt fehlt nur noch eine Reform des Disziplinarrechts, dann hat auch die altehrwürdige Ärztekammer einen großen Schritt ins Zeitalter der Aufklärung getan.

Eine liberale Gesellschaft braucht freidenkende Ärzte. Die Instrumentalisierung der Ärztekammern muss ein Ende finden. Foto: Georgi Belickin

MELDUNG

KRITISCHER COVID-GIPFEL

Hamburg/DW. »17.000 Ärzte und medizinische Wissenschaftler erklären, dass der medizinische Notstand aufgehoben, die wissenschaftliche Integrität wiederhergestellt und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bekämpft werden müssen.« So beginnt das Manifest des »Global Covid Summit«, das seit Mai 2022 auch von dem hochangesehenen Gründer der Ärzte für Aufklärung«, Dr. Walter Weber, unterstützt wird. Der weltweiten Erklärung zufolge wird den Impfstoff-Konzernen Pfizer, Moderna, BioNTech, Janssen, AstraZeneca das Vertrauen völlig entzogen. Siehe auch *aerzte-fuer-aufklaerung.de.* (ale)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

JUNTA KNALLT WEITER DURCH

Erfurt/Berlin/DW. »Politisch klar rechts motiviert« seien die »Corona-Leugner«. Der Innenminister das Bundeslandes Thüringen, Georg Maier (SPD), will bei »politisch organisierter Kriminalität nachschärfen«, also die menschenrechtswidrige Repression gegen Anwälte, Juristen, Journalisten und viele Millionen von Demokraten aller politischer Farben im Deutschland der Gegenwart ausweiten. Die von Maier als »Corona-Leugner« und »Rechtsradikale« Verleumdeten sollen demnach noch stärker angegriffen werden.

Ebenfalls am 7. Juni stellte die hoch umstrittene Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) den Bericht des Inlandsgeheimdienstes mit dessen neuem Leiter Thomas Haldenwang in Berlin vor. Auch die beiden Berliner Protagonisten des Regimes stürzten sich auf den schwammigen Begriff »demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Deligitimierung« der Regierung. Im Zuge des totalitären Ausnahmezustandes »Corona« ist es zu massiven Menschenrechtsverletzungen, Bruch mit dem Grundgesetz und dem Nürnberger Kodex gekommen. Dies unter dem perversen PR-Framing, nicht etwa die vom UN-Kommissar gegen Folter belastete Regierung agiere faschistisch und strukturell antisemitisch – sondern Opposition und Staatsvolk. (ale)

AMOKFAHRT WEGEN GENOZID?

Berlin/DW. Am 8. Juni 2022 raste ein 29-jähriger Deutsch-Armenier mit seinem Auto in eine Fußgängergruppe in einer Einkaufsstraße in der Nähe des Berliner Breitscheidplatzes. Laut Medienberichten starb hierbei eine Lehrerin aus Hessen, viele Schüler aus der dazugehörigen Schulklasse wurden verletzt. Insgesamt 14 Menschen erlitten schwere bis sehr schwere Verletzungen. Der Amokfahrer konnte gefasst werden, Motive für die Tat sind bisher nicht geklärt. Im vom Täter genutzten PKW fanden die Ermittler allerdings politische Plakate in Bezug auf die Türkei. Dies lässt Raum für Spekulationen über eine mögliche politische Motivation der Tat bezüglich des Armenier-Genozids in der Türkei im Jahre 1915. (skl)

MISSACHTUNG DES RECHTSSTAATS

Berlin/DW. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier kritisierte das verfassungsbrüchige Corona-Regime. »Gerade Corona hat uns vor Augen geführt, wie Grundrechte binnen Stunden suspendiert wurden.« Mit Rechtsbrüchen und unverhältnismäßig harten Maßnahmen habe die Regierung das »Supergrundrecht« auf Sicherheit und Gesundheitsschutz unberechtigterweise über die anderen Grundrechte gestellt. (ber)

KOMMISSION SAGT ALLES AB

Leak: Regierungsbericht zu Corona-Maßnahmen mit desaströsem Urteil.
Bericht und Einschätzung von Anselm Lenz

Die Pharmalobbyisten taten alles, um die Veröffentlichung zu verhindern. Der Kommissionsbericht an die Regierung liegt vor. Das Regime zur Corona-Lüge ist ein einziges Fiasko.

»Masken, Ausgangssperren, 3G. Ein Ausschuss soll klären, welche Corona-Maßnahmen sinnvoll waren und welche nicht.« So beginnt das Konzernpropagandablatt *Süddeutsche Zeitung* seinen Bericht über den Bericht des Sachverständigenausschusses, der erst Ende Juni veröffentlicht werden sollte. Doch ein *Leak*, ein der Demokratiebewegung verbundenes »Leck« im Apparat, machte der Verzögerungstaktik einen Strich durch die Rechnung. Die *SZ* versuchte in der Nacht von 8. auf 9. Juni 2022, das Gröbste abzufangen und zu »framen«, also dem Bericht die übliche propagandistische Färbung zu verpassen.

Denn das Urteil über das Corona-Regime ist vernichtend. Ein Virus – oder jene Erscheinung, die wir gemeinhin so bezeichnen – existiert. Doch Diagnose der Gefährlichkeit und Corona-Maßnahmen waren völlig falsch, ja sogar bei Weitem schädlicher als der vergleichsweise milde Schnupfen bis Grippeinfekt, der ausgelöst werden kann. Ergo: Diese Wochenzeitung hatte auf ganzer Linie recht!

Nachdem der umstrittene Hof-Virologe Christian Drosten den Ausschuss verlassen hatte, entstand unter Mitwirkung von Professor Hendrik Streeck eine eingermaßen sinnvolle Auswertung mit 17 weiteren Experten. Laut Streeck müsse es darum gehen, eine »Vielzahl von wissenschaftlichen Analysen gegenüberzustellen«. Genau das fordert die Demokratiebewegung seit 28. März 2020 mit der ersten Demonstration weltweit auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin gegen den irren Corona-Ausnahmezustand. Grund- und Menschenrechte sind unantastbare Abwehrrechte aller Bürger gegen Staat, Konzerne, Militär- und Machtstrukturen. Ohne ergebnisoffene Diskussion fallen wir in den Feudalismus zurück.

NEUE QUALITÄTSMEDIEN HATTEN AUF GANZER LINIE RECHT

Die Kommission stellt nun fest, dass in Deutschland wegen der brutalen Eingriffe »die Lebenserwartung gesunken« ist, während in Schweden, wo es praktisch keinerlei harsche Maßnahmen und keinen Zwang zur Kinderschändermaske gab, gleichbleibend oder besser sei. Allein damit ist der ärztliche Grundsatz *primum non nocere* – etwa: am wichtigsten ist es, niemandem Schaden zuzufügen – gebrochen worden. Heißt: Das Corona-Regime und Verantwortliche mit Namen und Adresse haben uns nachweislich geschadet. Das Fass ist geöffnet, die Wahrheit kommt weiter ans Licht: Pharmalügen, Impfschäden, Impftote und mindestens zwei getötete Demonstranten, Tausende geschlagene und geschändete, verstörte und entfremdete Kinder und Alte, zerstörte Existenzen. Professor Streeck ließ durchscheinen, dass Regierung und Pharmalobby bereits »mit stündlichen Änderungen« versuchen, am Kommissionsbericht herumzudoktern, um ihn aus ihrer Sicht unschädlich zu machen.

Dank des Lecks dürfte das Corona-Regime nun final in sich zusammenfallen. Als offizielles Vorab-Ergebnis aus dem Regierungsapparat vor dem finalen Bericht wird die Evaluation zumindest weitere Maßnahmen verhindern, ebenso die Rechtsprechung auch in der BRD an Maß und Wahrheit zurückbinden – und die Phase einer jahrzehntelangen zähen Aufarbeitung der Corona-Lüge einläuten. Ein weiteres wird die Demokratiebewegung tun, die nach dem 7. April – Verhinderung des allgemeinen Impfzwanges – einen weiteren ganz großen Sieg feiert. Die Abkehr vom Corona-Kurs kommt spät und bedeutet zunächst nicht mehr und nicht weniger, als dass wohl der aktuelle Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) wie auch sein Amtsvorgänger, der Bankkaufmann und Pharmalobbyist Jens Spahn (CDU), als nächste Bauernopfer der Öffentlichkeit um Fraß vorgeworfen werden werden. Für seriöse schnelle Aufklärung und Aufarbeitung im Wochentakt wird weiterhin die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand und andere legendäre Alternativmedien wie *apolut.net* zuständig sein – die spätestens jetzt ohne jeden Zweifel »Qualitätsmedien« genannt werden müssen.

Diesen Artikel finden Sie als *Podcast* und als *Online*-Text auf *demokratischerwiderstand.de/artikel.*

Deutschland liegt auf dem Servierteller

Für die Schließung der US-Airbase Ramstein in Rheinland-Pfalz treffen sich diesjährig erneut Friedensbewegte aus Europa – noch nie war die Schließung dringlicher als dieses Jahr. | Von Nicolas Riedl

Ruhig wurde es um die US-*Airbase* Ramstein seit dem Flugtagunglück von 1988, bei welchem 70 Menschen starben und über Tausend schwer verletzt wurden. Erst 2015 geriet die personell größte Relaisstation der US-*Army* wieder in den politischen Fokus. Das Bündnis »Stopp Ramstein« formierte sich und protestierte seither alljährlich – ausgenommen 2020 durch die *Fake*-Pandemie bedingt – für die Schließung der *Airbase*.

Ramstein ist die zentrale Zwischenstation, über welche die US-*Army* ihre illegalen Drohnenangriffe im Nahen und Mittleren Osten koordiniert. Durch die Erdkrümmung bedingt, ist eine Zwischenstation notwendig, um die unbemannten Tötungsmaschinen adäquat steuern zu können. Darüber hinaus ist die pfälzische *Airbase* der wichtigste Dreh- und Angelpunkt für Waffen- und Truppenlieferungen in die Gebiete der illegalen Angriffskriege.

ATOMARE ZIELSCHEIBE

Diesjährig ist die Schließung der *Airbase* von besonderer Dringlichkeit. Zumindest aus Sicht jener deutschen Bürger, die ein Interesse daran haben, dass sich ihre Heimat nicht in eine atomar verseuchte Mondwüste verwandelt. Die unaufhörlichen Waffenlieferungen des Kriegs- und Völkerrechtsbruch-Bündnisses Nato an die Ukraine sorgen für ein gefährliches Zündeln an der Lunte des 3. Weltkrieges. Im Falle, dass Russland sich durch die westlichen Waffenlieferungen in einem Maße provoziert fühlt, als dass es einen Angriff auf den Westen erwägt, wäre die *Airbase* Ramstein eines der ersten Ziele. Die Folgen für alles Leben in der Region wäre verheerend. Für den Weltfrieden sowieso. Vor dem Hintergrund dieser Brisanz findet auch dieses Jahr vom 19. bis 26. Juni eine diesbezügliche Aktionswoche statt. Veranstalter ist das in Berlin ansässige Aktionsbüro »Stopp Air Base Ramstein Kampagne«.

Die Aktionswoche besteht aus dem Friedenscamp, welches ganzwöchig stattfindet und den angereisten Aktivisten *Workshops*, Podiumsgespräche, Konzerte und vieles mehr anzubieten hat. Es werden zahlreiche Friedensbewegte erwartet. Ob auch die neuen Mode-Friedensaktivisten mit Ukraine-Flaggen anwesend sein werden, wird sich zeigen.



Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München.

PFINGSTEN IN BERLIN: GALERIE DES GRAUENS



Foto: Sophia-Maria Antonulas

Eine Ausstellung gibt Impfgeschädigten eine Stimme.
Von Sophia-Maria Antonulas

Am Pfingstmontag hatten Berliner und Touristen Gelegenheit, eine Ausstellung über Impfschäden anzusehen. Vor dem Brandenburger Tor hatte Peter Ganz, Initiator der Galerie des Grauens, Stellung bezogen. Berlin ist die 60. Stadt, in der der Bayer die in Plastik verschweißten Originalbeiträge aus Printzeitungen und *Online*-Medien ausstellt. 700 Schicksale hängen wie Warnschilder an Schnüren über viele Meter hinweg und lassen das Ausmaß des Unrechts erahnen.

Geht noch mehr Gendergaga?

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Seit Wochen wartet Deutschland auf die Auswertung der Corona-Maßnahmen (Siehe Seite 4) und Lauterbach duckt sich weg. Währenddessen werden Stimmen laut, dass sich die umstrittene SPD-Frau Sawsan Chebli einen hochdotierten Staatssekretärsposten im Bundesinnenministerium greifen könnte. Und als wäre das nicht genug, fordert eine Künstlerin den Kommunismus für alle und das *ZDF* erklärt, warum es mehr als zwei Geschlechter braucht, um Röcke zu tragen.

Herrlich! Wieder traut sich einer aus der Deckung und fordert vom zuständigen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) auf Zahlen basierende Ergebnisse über die Wirksamkeit der Corona-Maßnahmen. Dieses Mal meldet sich der Leiter des Frankfurter Gesundheitsamts Peter Tinnemann zu Wort. Laut Medienberichten wünscht er sich, dass der Erfolg der Corona-Maßnahmen mit Zahlen belegt wird. Viele Maßnahmen habe er eh wegen mangelnder Erfolgsgarantie abgelehnt, einige müssten jetzt ob ihres Nutzens in der Vergangenheit evidenzbasiert nachgewiesen werden. Dazu gehören kostenlose Bürgertests.

Das Angebot, so Tinnemann, koste viel Steuergeld, der Bürger habe daher einen Anspruch darauf, »dass man jetzt wissenschaftlich untersucht, was es gebracht hat«. Mal sehen, ob Lauterbach in der Zwischenzeit genügend Daten zusammengeklaubt hat, oder ob er uns wieder eine fantastische Geschichte auftischen wird. Fakt bleibt: Die Evaluierung der Maßnahmen ist im Infektionsschutzgesetz festgehalten.

CHEBLI ÜBERTRIFFT BAERBOCK

Und dann das Gerücht der Woche, in die Welt geschrieben vom größten Meinungsblatt der Republik. Die SPD-Politikerin Sawsan Chebli, derzeit ohne Spitzenposten, war bis Dezember Staatssekretärin für »Bürgerschaftliches Engagement und Internationales« in der Berliner Senatskanzlei. Jetzt könnte die 43-Jährige als Kandidatin für einen hochdotierten (rund 180.000 Euro Jahresgehalt) Staatssekretärsposten gehandelt werden. Bekannt wurde Chebli vor allem aufgrund immer wiederkehrender kleiner Skandale um ihre Person. Ihr jüngster Kommentar stellt selbst Annalena Baerbock, Außenministerin der Grünen, in den Schatten.

So sagte Chebli in einem Podcast mit der »Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus«: »Antisemitismus bedroht uns alle, er bedroht vor allem auch Muslime.« Das muss erst mal sacken. Sie selbst schreibt auf der Kurznachrichtenplattform Twitter zu den ihr nachgesagten Job-Ambitionen: »Wahnsinn, ich trende inzwischen, selbst wenn ich nichts sage! Über die *Bild-Story* habe ich jedenfalls herzlich gelacht, aber soweit ich das beurteilen kann, ist sie frei erfunden. Ich habe keine derartigen Pläne und weiß auch nichts von derartigen Überlegungen im BMI.« Das Lachen ist uns bei der Anhäufung vollkommen ahnungsloser Politiker bereits vergangen.

KOMMUNISMUS FÜR UNSERE ZUKUNFT?

Verlass ist hingegen auf den Öffentlich-rechtlichen-Rundfunk (ÖRR). Kontinuierlich bringt der zwangsgebührenfinanzierte Apparat ideologiegeladenen Wahnsinn – egal worum es geht. So sendete der Deutschlandfunk ein Interview mit der »*selfmade*« Lyrikerin Elisa Aseva. Das 41-jährige Bildungspaket ließ dort verlauten: »Ich glaube, dass wir den Kommunismus haben müssen, wenn wir eine Zukunft für alle haben wollen.« Da scheint die Dame genau den Nerv der rot-grünen Deutschlandzerstörer zu treffen.



Die Evaluierung der Maßnahmen ist im Infektionsschutzgesetz festgehalten. Wird es eine echte Aufarbeitung geben? Foto: Georgi Belickin

Wer sagt ihr bloß, dass Kommunismus in der Vergangenheit weder Freiheit noch Wohlstand gebracht hat? Doch das war noch nicht genug. Twitter-Deutschland feierte unter dem Schlagwort »Röcke« eine vermeintliche ZDF-Aussage, die besagt, dass das binäre Geschlechtersystem (zur Erklärung: binär bedeutet zwei Geschlechter, also laut Biologie Mann und Frau) unzulänglich sei. Denn: »Dieses System zwingt uns Geschlechterrollen auf, wie zum Beispiel ›Jungs dürfen keine Röcke tragen‹. Damit schadet es uns allen.« Wie das alles aufhört? Abschalten und weg mit der Zwangsgebühr.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Die nie endende Maskenpflicht

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Fast sämtliche Maßnahmen sind auch in Deutschland abgeschafft. Und dennoch ordnet die Justiz in vielen Städten die Maskenpflicht im Gebäude oder im Gerichtssaal an.

Der Anordnung einer Maskenpflicht im Gerichtsgebäude hat das Verwaltungsgericht Sigmaringen einen Riegel vorgeschoben. Begründung: Es fehlt schlichtweg an einer Rechtsgrundlage hierfür. Trotzdem muss man sich zum Beispiel im AG Tiergarten in Berlin weiterhin maskieren. Den Direktor scheint das Urteil nicht zu beeindrucken. Was für Auswirkungen das hat, zeigt ein von mir betreutes Verfahren am AG Tiergarten: So erschien der aus NRW angereiste Hauptentlastungszeuge (!) der Angeklagten ohne Maske – aber mit Attest. Dies reichte der Richterin aber nicht und sie legte sogleich willkürlich fest, warum ihr das nicht genügte: Es fehle die Diagnose. Kurzum wurde der Zeuge des Saales verwiesen und durfte keine Aussage zur Entlastung machen. Natürlich musste dieses Vorgehen mit einem Befangenheitsantrag gegen die Richterin beantwortet werden, da hierdurch die Verteidigung willkürlich in ihren Rechten beschnitten werden sollte. Das Ergebnis war eine Vertagung.

Zum Verständnis: Richter können gemäß § 176 GVG eine sogenannte sitzungspolizeiliche Anordnung treffen. Diese Vorschrift »bezweckt die Wahrung der Ordnung in der Sitzung und ermächtigt zu Maßnahmen, die erforderlich sind, um den störungsfreien Ablauf zu sichern« (OLG Hamm Beschluss vom 21. Dezember 2017). Erkennt irgendjemand in der »Anordnung zur Maskenpflicht im Gerichtssaal« eine Notwendigkeit, um den Ablauf der Sitzung zu sichern? Aber »was interessiert mich mein Geschwätz von gestern« (also 2017). In Corona-Zeiten wird alles von der hochrangigen Richterschaft über den Haufen geworfen mit der Folge, dass zum Beispiel Verteidiger ohne Entlastungszeugen dastehen und Richter sich regelrecht anmaßen, eigene Infektionsschutzmaßnahmen nach Gutdünken anzuordnen. Ein atemberaubendes rechtswidriges Vorgehen.

In Wirklichkeit haben diese Richter schlichtweg Angst und können einem fast leidtun. Aber eben nur fast. Und so halte ich ihnen dann gerne den Spiegel vor und beantrage, die Verhandlung in das gegenüberliegende Restaurant zu verlegen, da dort ja keine Maskenpflicht besteht – Antrag abgelehnt!

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.

NEUES VOM REGIERUNGSSCHUTZ

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Der Verfassungsschutz ist längst zu einem Regierungsschutz verkommen. Für die Delegitimierung des Staates sorgen dessen Institutionen und Verantwortliche im Parlament, den Regierungen und in den Gerichten schon selbst.

Auf der Webseite der Bundesregierung lässt sich folgendes zum Verfassungsschutzbericht 2021 nachlesen: »Das BfV hat im April 2021 den neuen Phänomenbereich ›Verfassungsschutz-relevante Delegitimierung des Staates‹ eingerichtet. Die Akteure dieses Phänomenbereichs zielen darauf ab, wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Geltung zu setzen oder die Funktionsfähigkeit des Staates oder seiner Einrichtungen erheblich zu beeinträchtigen. Hierzu betreiben sie eine zielgerichtete Verächtlichmachung des demokratischen Systems und seiner Funktionsträger. Die Angehörigen des Phänomenbereichs zielen auf die Radikalisierung und Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung, um ihre eigene Agenda voranzubringen. Auch über die Corona-Pandemie hinausgehend werden Krisensituationen zur Delegitimierung des Staates genutzt.«

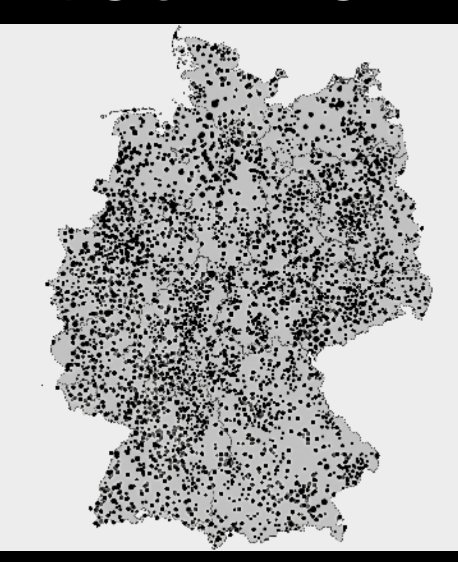
Wesentliche Verfassungsgrundsätze werden seit März 2020 von allen drei Staatsgewalten mit Füßen getreten. Wer dies kritisiert, wird schnell zum Staatsfeind erklärt. Der neue Phänomenbereich »Verfassungsschutz-relevante Delegitimierung des Staates« dient letztlich nur dazu, Regierungskritiker zu überwachen, was ansonsten kaum möglich gewesen wäre, mangels tragfähiger Begründung.

Doch damit nicht genug, Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) hat dafür plädiert, bei der politischen Einordnung der »Querdenker«-Szene nachzuschärfen. Corona-Leugner müssten konsequent dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden, sagte Maier dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Die Szene sei politisch klar rechts motiviert: »Es sind Rechtsextremisten, die sie anstiften.«

Es ist wissenschaftlich längst belegt, dass die sogenannte Querdenker-Szene politisch wesentlich mehr Zulauf von »links« als von »rechts« bekommt. Das passt aber nicht ins Bild, weshalb man versucht, die außerparlamentarische Opposition mit dem üblichen Rechts-*Framing* und der Nazikeule anzugreifen. Unabhängig davon gibt es gewisse Unterwanderungsversuche in der Bewegung, welche es auch in Zukunft abzuwehren gilt.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG
ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Alte Pfarrkirche – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus –DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 11.6.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraßew	Umzug
Sa, 11.6.2022 14-17.30 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Demoaufzug
Sa, 11.6.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 11.6.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug
Sa, 11.6.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 11.6.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Demo
Sa, 11.6.2022 15:30-20 Uhr	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon
Sa, 11.6.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 11.6.2022 18-20 Uhr	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo
Sa, 11.6.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 11.6.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 11.6.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 11.6.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 11.6.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 11.6.2022 15-17 Uhr	Leipzig, Kurt-Masur-Platz	Spaziergang
Sa, 11.6.2022 14-18 Uhr	Postdam, Fimmuseum/Breite Strasse	Fahrraddemo
Sa, 11.6.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 12.6.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 12.6.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 12.6.2022 17-20 Uhr	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang
So, 12.6.2022 16-18 Uhr	Schweinfurt, Marktplatz	Aufzug
Mo, 13.6.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 19-22 Uhr	Bad-Kreuznach, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-10.1.2023	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 19-20:30 Uhr	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung
Mo, 13.6.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 12-14 Uhr	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 13.6.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 17.15-19.15 Uhr	Berlin-Weissensee, Antonplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Breisach am Rhein, Stadteingangsparkplatz, Bhf.	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 13.6.2022 18.30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 13.6.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 13.6.2022 17:30-20 Uhr	Hamburg, Winterhuder Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Horn-Bad Meinberg, Brunnentempel im Kurzpark	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Königswinter/NRW, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 19-21 Uhr	Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 13.6.2022 18-21 Uhr	Mainz, Ernst Ludwig	Schilderlauf
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 13.6.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 13.6.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 13.6.2022 18:30-20 Uhr	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Spaziergang
Mo, 13.6.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Mo, 13.6.202218-19:30 Uhr	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo
Di, 14.6.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 14.6.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.6.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 14.6.2022 18-19 Uhr	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang
Di, 14.6.2022 18-19 Uhr	Vechelde, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.6.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 14.6.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 15.6.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 15.6.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 15.6.2022 18-20 Uhr	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang
Mi, 15.6.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 15.6.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 15.6.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 15.6.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 15.6.2022 17:30-19 Uhr	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber Rathaus	Spaziergang
Do, 16.6.2022 16-18 Uhr	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Nachbarschaftsdialog
Do, 16.6.2022 17.30-18.30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 16.6.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 16.6.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 16.6.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 16.6.2022 18-19 Uhr	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung
Do, 16.6.2022 19-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 17.6.2022 16-19 Uhr	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache
Fr, 17.06.2022 11-20 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Umzug
Fr, 17.6.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 18.6.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 18.6.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 18.6.2022 15.30-20 Uhr	Düsseldorf, Burgplatz	Demo + Aufzug
Sa, 18.6.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Umzug und Demo
Sa, 18.6.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 18.6.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 18.6.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 18.6.2022 14-17 Uhr	Fulda, Universitätsplatz	Demo
Sa, 18.6.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 18.6.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 18.6.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 18.6.2022 15-17 Uhr	Leipzig, Augustusplatz Opernseite	Spaziergang
Sa, 18.6.22 15-17 Uhr	Leipzig, Kurt-Masur-Platz	Spaziergang
Sa, 18.6.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
So, 19.6.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug
So, 19.6.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 19.6.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 19.6.2022 17-20 Uhr	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang
Sa, 25.6.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 25.6.22 15-17 Uhr	Leipzig, Augustusplatz am Mendebrunnen	Spaziergang
Sa, 25.6.2022 14-20 Uhr	Frankfurt, Grüneburgpark	GROSSDEMO
Do, 2.7.22 15-17 Uhr	Leipzig, Wilhelm-Leuschner-Platz	Spaziergang
Sa, 30.7.2022 13-20 Uhr	Berlin	GROSSDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



UNTERSTÜTZENSWERTE INITIATIVE

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Polizisten für Aufklärung e.V. unterstützt die Initiative »Leuchtturm ARD«, weil wir überzeugt davon sind, dass sich falsche und selektive Berichterstattung auch negativ in der Polizeiarbeit widerspiegelt.

Wir sehen hier eine besorgniserregende, ja geradezu gefährliche Entwicklung, welche unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bedroht. Diese subjektive Berichterstattung führt zu einer Beeinflussung der objektiven Wahrnehmung der Einsatzkräfte, damit zu einer unzutreffenden Lageeinschätzung und in Teilen zur falschen Wahl der Mittel.

Mitunter endete dies in der Vergangenheit in einer unnötigen Eskalation der polizeilichen Lage. Ein ehrlicher, unbeeinflusster und ausgewogen berichtender Öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR) ist die Basis für eine gut funktionierende und vertrauenserweckende Polizeiarbeit. Deshalb brauchen wir den ÖRR und wir wollen dafür auch angemessen bezahlen, aber nicht unter diesen Bedingungen.

Je mehr Leute sich an diesem vielversprechenden Projekt beteiligen und sich für die zwingende Einforderung dieser legitimen Rechte einsetzen, indem sie ihre Beitragszahlung zurückhalten, umso schneller und aussichtsreicher ist es, dass die Verantwortlichen durch einen versöhnenden Dialog in eine umfassende Reform einwilligen.

Wir haben hier alle eine Verantwortung und wollen ihr gemeinsam gerecht werden für eine lebenswerte Zukunft unserer Gesellschaft.



Foto: Hannes Henkelmann

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: echte-polizisten.de und über das Projekt Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.

DIE KONFORMISTISCHE JUGEND

Staatstreue und Autoritätshörigkeit: Totalitäres Denken gilt für viele Jugendliche als rebellisch und harte Maßnahmen werden als erforderlich gesehen. | Von Sophia Koslowski

Anfangs machte sich der stereotypisch rebellische Charakter der Jugend noch leicht bemerkbar, man wollte sich nicht ganz an die *Lockdown*-Regeln halten. Ziemlich schnell verflog diese Einstellung wieder, und wer sich nicht an die Regeln hielt, galt als »Oma-Mörder«.

Auch jetzt sieht man vor allem junge Menschen noch FFP-2-Maske tragen und mit passiver Gleichgültigkeit alles mitmachen. Die angeordneten Regeln werden nicht hinterfragt. Aber warum glauben so viele junge Menschen noch immer der Corona-Propaganda? Während der Corona-Zeit fiel mir auf, dass die Jugend einerseits tatsächlich ziemlich obrigkeitshörig ist, andererseits aber auch denkt, genau diese Obrigkeitshörigkeit sei ein rebellischer Akt.

Die Medien haben es von Anfang an verstanden, die Jugendlichen gezielt anzusprechen und zu indoktrinieren, sodass viele es nun wirklich für rebellisch halten, staatstreu zu sein. Sie denken oft, dass sie damit den »bösen rechten Querdenkern« eins auswischen. Hinzu kommt natürlich, dass meine Generation in den sozialen Medien lebt, die von Anfang an das Propaganda-Spiel mitgemacht haben. Kritische Stimmen gab es kaum, oder sie wurden als asozial beschimpft und niedergemacht. Es gab »*Stay at home*«-Sticker auf Instagram, und sich an die Regeln zu halten wurde von Promis und *Influencern* (Multiplikatoren) als solidarischer Trend verkauft.

DIE MACHT DER »SOZIALEN« VORBILDER

Influencer waren vorher schon eine vertraute Quelle für Jugendliche, weshalb viele weiterhin auf sie hörten. Die meisten wussten nicht so richtig warum, nur dass es jetzt angesagt war. Dadurch wurde mir auch klar, dass ein Großteil der Jugend gar kein Interesse daran hatte, sich genauer über Corona zu informieren. Obwohl einem während des Geschichtsunterrichts schnell auffällt, dass im Totalitarismus immer darauf geachtet wurde, die Jugend auf Linie zu bringen, da diese eigentlich der Motor für gesellschaftliche Veränderung ist. Das mangelnde Interesse rührt wohl auch daher, dass es einen Überfluss an Informationen gibt und unsere Aufmerksamkeitsspanne zu kurz ist. Die simplen Parolen aus den Bildschirmen merkt man sich natürlich leichter, vor allem durch ihre gebetsmühlenartige Wiederholung.

Auch das negative *Framing* (Rahmungseffekt) von Maßnahmengegnern als Rechtsradikale und Reichsbürger haben viele so sehr aufgenommen, dass eine regierungskritische Aussage bezüglich der Maßnahmen schon als rechts gewertet wird. Dabei spielt Angst natürlich eine Rolle. Soziale Ausgrenzung ist zwar für jeden belastend, jedoch leiden junge Menschen in besonderem Maße darunter. Anfangs dachte ich mitunter, ich sei die Verrückte, weil ich in meinem Umfeld mit meiner Meinung relativ alleine da stand.

JUGENDLICHE WOLLEN STARKE HAND

Jugendliche haben teilweise »Erkenntnisangst« und tun sich schwer, gegen den *Mainstream* zu agieren. Wahrscheinlich weil sie wissen, dass sie noch ihr ganzes Leben in dieser Gesellschaft vor sich haben. Daher ist es ihnen sehr wichtig, angepasst zu bleiben. Viele Jugendliche möchten glauben, dass die schädlichen Maßnahmen sinnvoll waren, weil das oftmals in ihr Weltbild passt: Man muss manchmal strikt sein und Regeln befolgen, damit man etwas erreichen kann. Ich denke dieses wenig liberale Denken der Jugend kommt aus einem Gefühl der Machtlosigkeit. Dass man etwas erreichen kann, ohne gleich hart durchzugreifen, scheinen viele nicht zu glauben. Sie vertrauen den Menschen und ihren eigenen Entscheidungen nicht. Diese Einstellung sehen wir zum Beispiel auch bei der Klimadebatte, wo vor allem junge Leute härtere Regulierungen und weniger Freiheit fordern. Der starke Staat scheint die einzige Hoffnung zu sein, die uns in einer Welt voller Unsicherheit und im Überfluss der Möglichkeiten retten kann, und zwar mit Verordnungen und autoritären Methoden.



Moralisierende System-Propaganda: Junge Menschen trauen sich nicht mehr, in Freiheit zu denken und zu handeln. Foto: Georgi Belickin

Wir stehen gemeinsam!

Zur kommenden Europa-Großdemo in Frankfurt | Von Dori Lee

Am 25. Juni 2022 trifft sich die ganze Demokratiebewegung – deutschland- und europaweit in Frankfurt am Main.

Frankfurt ist nicht irgendeine Stadt. Die Mainmetropole ist die Stadt der Europäischen Zentralbank (EZB), die Stadt des »Gelddruckens« und die Stadt des Sturzes in Wirtschaftskrise und Inflation. Es wird Zeit, die EZB aufzusuchen und zu sagen, »das Volk ist da« – und »wir machen da nicht mehr mit«. Die Großdemonstration wird von »Europeans United« und dem Preisträger der Republik Tom Meert (Belgien) organisiert. Es haben Hunderte dezentrale Initiativen aus ganz Europa zugesagt. Die Sache wird unausweichlich!

Die vereinigten europäischen Oppositionellen zum Corona- und Kriegstreiber-Putschregime kommen aus Frankreich, Italien, Belgien, Österreich und weiteren Ländern zu uns. Heißen wir sie willkommen und feiern wir Völkerfreundschaft und Menschheitsfamilie. »Hände weg von unserem Geld, Hände weg von unseren Kindern, Hände weg von unseren Leben«, heißt es in den Foren vor der Versammlung, »wir leben frei und selbstbestimmt«. Dazu zählen eine demokratische Geldpolitik und Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen (vgl. *NichtOhneUns.de*).

Großdemo »Europeans United«, 25. Juni 2022. Marsch für Freiheit, Demokratie und Menschenrecht. Offizieller Beginn 14 Uhr Grüneburgpark, Frankfurt am Main, *eurpeansunited.eu*.



Von Nordwesten bei Eiseskälte abgelichtet: Der 2014 unter großen Protesten eröffnete Glas- und Stahltempel des EZB-Neubaus. Foto: Epizentrum (cc)

Die stille Aktivistin

Oder »Ich stehe lieber in der zweiten Reihe und beobachte« | Von Hannes Henkelmann

In Berlin Kreuzberg spreche ich mit Monika über den Ruhe- und den Widerstand sowie über Fallada, Filtertüten und den Fingerhut.

Stellen Sie sich doch bitte vor!
Mein Name ist Monika, ich bin 68 Jahre alt und Ruheständlerin. Ich habe viele Jahre als Kinder- und auch als Altenpflegerin gearbeitet. Später hatte ich ein florierendes Blumengeschäft. Das habe ich aber nach dem Tod meines Mannes aufgegeben. 2005 bin ich aus meiner Heimatstadt Kassel nach Berlin gezogen.

Wie sind Sie in der Hauptstadt zurechtgekommen?
Ganz gut. Ich entdeckte das »zeit-und-raum«-Zentrum und habe mich dort für lange Zeit auf die Suche nach Wahrheit, Liebe und Freiheit begeben. Im Laufe der Jahre lernte ich die Besitzer kennen und übernahm Teile des Caterings. Mehrere Jahre habe ich Seminarteilnehmer mit meinen Kuchen verwöhnt. Es war kein Job im üblichen Sinn, aber es war ein gutes Zubrot zu meiner Rente. Ich kam gut klar. Bis zur Corona-Krise. Da bot das Zentrum leider nur noch Online-Kurse an, und meine Backkünste waren auf einmal nicht mehr gefragt.

Können Sie im Moment bei den explodierenden Preisen ohne Nebeneinkünfte überleben?
Noch muss ich keine Flaschen sammeln, denn ich habe eine Kräuter-App. Die ist meine Rettung. Ich gehe viel in der Natur spazieren und halte nach Kräutern Ausschau. Wenn ich interessante Pflanzen finde, fotografiere ich sie, worauf die App sie identifiziert und mir Eigenschaften und Zubereitungsarten auflistet. So verbringe ich Stunden damit, Kräuter zu sammeln und sie zu Lebensmitteln zu verarbeiten. Damit generiere ich einen großen Teil meiner täglichen Nahrung und ernähre mich nebenbei noch sehr gesund.


Monika steht nicht gerne im Mittelpunkt, aber stille Wasser sind bekanntlich tief.
Foto: Hannes Henkelmann

Sie haben aber schon eine gehörige Portion Gottvertrauen. Stellen Sie sich vor, Ihre App verwechselt mal Fingerhut mit Frauenmantel, dann würden Sie sich selbst Ihre eigene Henkersmahlzeit zubereiten?
Schon vergessen? Ich bin Floristin und den Unterschied zwischen Fingerhut und Frauenmantel kenne ich auch ohne App.

Touché. Was ist derzeit Ihre Lieblingsspeise? Und haben Sie noch einen Geheimtipp für unsere Leser auf Lager?
Brennnesselsuppe ist zurzeit mein Favorit. Mal mit Kartoffeln, mal mit Kokosmilch zubereitet. Brennnesseln sind übrigens entzündungshemmend und antibakteriell, sie lindern Gicht und Rheuma. Und mein Tipp für den Sommer ist Gundermann. Der ist kräftig im Geschmack und hat einen hohen Vitamin C Gehalt. Zusammen mit Giersch, Wasserkefir und Zitrone kann man aus Gundermann ein wunderbar erfrischendes Getränk herstellen.

Wir haben uns auf einer Demo in Berlin kennengelernt. Warum sind Sie im Widerstand?
Mit Beginn der Corona-Maßnahmen wurde ich sofort stutzig, weil das Umarmen von einem Tag auf den anderen verboten wurde. Und es war für mich schockierend zu beobachten, dass fast mein komplettes Umfeld alle Maßnahmen, so abstrus und widersprüchlich sie auch waren, gehorsam und penibel befolgte. Die Maske habe ich übrigens kein einziges Mal aufgesetzt. Das ist für mich unmöglich, denn sie triggert ein Trauma aus meiner Kindheit. Zum Glück hat mir mein Hausarzt ein Attest ausgestellt. Inzwischen gibt es natürlich unzählige Gründe, auf die Straße zu gehen: Kriegstreiberei, Russland-Hetze, Inflation. Unterm Strich versagt die Regierung auf ganzer Linie.

Seit wann gehen Sie auf Demos?
Seit März 2020. Aber ich bin nicht der Typ, der lautstark protestiert. Manchmal trage ich ein Schild, lieber stehe ich in der zweiten Reihe und beobachte. Und ich versuche jeden Tag, etwas für unsere Sache zu bewegen. Gestern konnte ich zum Beispiel eine Eisverkäuferin überzeugen, endlich die Maske abzustreifen. Sie fand ihr Lächeln wieder, das war sehr schön. Manchmal schreibe ich Botschaften auf kleine Zettel und deponiere sie an Bankautomaten, in Bücherschränken oder in Einkaufs- und Fahrradkörbe. Alle Zettel habe ich handschriftlich verfasst, weil mein Drucker leider kaputt ist.

Hat Sie das Buch »Jeder stirbt für sich allein« von Hans Fallada inspiriert? Es spielt in Berlin im Dritten Reich, und ein Ehepaar schreibt auch Karten mit antifaschistischen Botschaften und legt sie aus.
Den Roman kenne ich nicht. Irgendwann war halt die Idee da. Ich hatte auch keine Lust mehr, mich ständig zu erklären oder zu streiten. Und es ist einfach ein gutes Gefühl, etwas zu tun.

Es ist beeindruckend, wie Sie allem etwas Positives abgewinnen können.
Ich finde diese Zeit auch ungeheuer spannend und hatte schon zu Beginn der Pandemie urplötzlich ein Gefühl von Freude, Glück und Dankbarkeit gespürt, hier und jetzt dabei zu sein und mitwirken zu können. Zudem ist es mir wichtig, diese Freude und Leichtigkeit nicht zu verlieren. Was nicht heißt, dass ich zwischendurch nicht auch mal wütend, hoffnungslos und verzweifelt bin.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

ZU »GELD NEU DENKEN« IN DW N° 90

Mit einer erstaunlichen Regelmäßigkeit wird hier die Werbetrommel für den Bitcoin gerührt. Und jetzt auch noch mit einer Überschrift, die im Inhalt des Artikels nicht wiederzufinden ist. Wo wird Geld »neu gedacht«, wenn einfach nur die Buchhaltung geändert wurde? Was ändert sich dann an dem Geld an sich? Nichts! Kein einziger inhaltlicher Gedanke daran, was Geld eigentlich ist, und wie wir Geldvorgänge sozialer und menschlicher gestalten können. Solange wir bei jedem Tauschvorgang nur daran denken, wie wir soviel wie möglich »herausschlagen« können, wird es immer Gewinner und Verlierer geben. Durch die künstliche Begrenzung der Bitcoins und die Umtauschfähigkeit aller anderen Währungen wurde lediglich eine neue Spekulationsplattform (Börse) geschaffen, auf welcher Menschen ihr Geld mehren können. Aber wer zahlt eigentlich die immensen Kursgewinne des Bitcoins?
– Markus Sch., Erolzheim

ZU »FREIHEIT STATT BLUMEN« IN DW N° 90

Dieser feministische Aufschrei »mein Körper gehört mir« ging mir schon vor 50 Jahren gegen den Strich. Und nun diese Gleichstellung von Impffreiheit und Abtreibungsfreiheit – Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Jede Frau hat heute die Möglichkeit, eine Empfängnis zu verhindern. Bei Fehlschlag gäbe es noch die Adoption. Impfzwang ist potentielle Tötung. Abtreibung ist definitive Tötung. Welch eine Anmaßung, den Mehr- oder Minderwert eines Lebens zu bestimmen. Leben ist Leben! In meinen nunmehr 72 Jahren habe ich als Frau die Erfahrung gemacht: Wenn ich mich informiert und ebenbürtig hinstelle, werde ich ebenbürtig behandelt, auch von Männern.
– Lorette T., Königsmoos

GENDERN ODER NICHT GENDERN, DAS IST HIER DIE FRAGE.

Anerkennung und Dank für Ihre Arbeit! Frage: Warum beteiligen sich einige Ihrer Autoren am Gendern? Es erschwert die Lektüre und ist überflüssig. Das generische Maskulinum hat immer noch Gültigkeit. Freundliche Grüße
– J. F.

Seit Langem lese ich die fehlerfreien Artikel in dieser Zeitung. Jetzt fängt Frau von Garrel mit diesem *innen-Unsinn in ihrem Artikel an. Dieses * ist in der deutschen Sprache nicht vorgesehen. Bitte hört damit auf. Demokratische Grüße
– Bodo M.

STOPP RAMSTEIN 19.-26. JUNI 2022

Da auch bei Euch Frieden contra Nato ein Thema ist, ein Hinweis von mir: Vom 19.-26. Juni 2022 findet wieder das Friedenscamp der Aktion Stopp Airbase Ramstein statt. Leider wissen zu wenige bisher von der Aktion, trotz der Gefahren, die diese Airbase mit der Ukraine-Situation verbinden. Weitere Infos sind auf der Seite www.stoppramstein.de zu finden.
– Mirco Sch., Westerwald

Die schleichende Enteignung der Bürger

Angeblich ist der Krieg schuld an der Preisexplosion. Doch davon kann keine Rede sein. | Von Hermann Ploppa

Dass die Explosion der Preise wenig mit dem Ukraine-Krieg zu tun haben kann, zeigt sich gleichermaßen drastisch wie tolldreist an der Zapfsäule. Wir sollten ja eigentlich entlastet werden. Das Preisniveau sollte nach dem Willen der Bundesregierung durch Steuersenkungen beim Mineralöl wieder auf Vorkriegsniveau gebracht werden.

Bundesfinanzminister Christian Lindner tönte auf der Kurznachrichtenplattform Twitter: »Wir lassen die Menschen nicht allein, die auf das Auto angewiesen sind. Vom hohen Spritpreis sollte der Staat nicht auch noch profitieren.« Deshalb wurde ja bekanntlich die Mineralölsteuer bei Superbenzin um 35,2 Cent pro Liter und bei Dieselöl um 16,7 Cent gesenkt. Vertrauensvoll fuhren die Autobesitzer ihre Tanks leer. Doch schon in der letzten Woche vor dem Senkungstermin am 1. Juni 2022 hüpften die Preise seltsamerweise genau um den Steuersenkungsbetrag nach oben. Und nun sind die Preise genauso hoch wie eine Woche vor dem Stichtag im Juni! Ei der Daus.

Ein Schelm, der da Böses denkt. Bundesfinanzminister Lindner, der seinem eigenen Arbeitgeber, dem deutschen Staat, keine Gewinneinnahmen gönnt, gibt den schwarzen Peter weiter: »Kartellamt & Co« sind am Zug! Der Präsident des Bundeskartellamtes Andreas Mundt, der der unübersehbaren Kartell-Preistreiberei auf die Finger hauen sollte, zeigt sich kampfentschlossen: Seine Behörde schaue »intensiv auf den 1. Juni« und werde dann »unangenehme Fragen« stellen. Wir sehen schon, wie Shell, Esso, Total und Jet vor Angst vor dem Kartell-Mundt erzittern. Es sollte schon einmal gesammelt werden für ein Fernglas, mit dem das Kartellamt aus dem Froschtümpel herauf intensiv auf die Konzernwillkür schaut.

Im Ernst: Schlimmer kann die vollkommene Machtlosigkeit und Unwilligkeit der Kartellbeobachter kaum ausfallen. Nun gibt es ein ganz klitzekleines Trostpflaster. Denn die Mineralölsteuer wird beim Großhandel erhoben. Es dauert eine gewisse Zeit, bis die aktuelle Senkung auf die Zapfsäulen herabregnet. Also, liebe Autofahrer: ein bisserl Geduld. Dann wird alles gut.

ENERGIEPREISE IM AUFWIND

So manche Mietnebenkostenabrechnung ist schon in den Briefkästen gelandet. So mancher Mieter ist bereits erbleicht oder wie das HB-Männchen in die Luft gegangen. Es spottet jeder Beschreibung. Die Tagesschau hat vorgerechnet: Im März 2022 kostete Energie in einem Musterhaushalt glatte 80 Prozent mehr als im Vorjahresmonat, nämlich 7.292 Euro im Jahr gegenüber 4.043 Euro im März 2021. Auch hier spielt der Ukraine-Krieg bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Vielmehr wird die steigende Nachfrage durch die wieder anlaufende Industrie vorgebracht. Und die von der Industrie gekaufte Energie fehlt natürlich den Mietern und den Hausbesitzern. Die beziehen zu drei Vierteln entweder Gas oder Öl, um ihre vier Wände warm zu halten. Gas kostet die Endverbraucher jetzt dreimal so viel wie vor einem Jahr.

Natürlich wird an der Börse mit Gas spekuliert und gewettet. Die sogenannten TTF-Gas Futures (Terminkontrakte) kosteten im April 2021 an der Börse 19,18 Euro pro Kilowattstunde. Im letzten April lag der Preis bei 111,18 Euro pro kWh. Und der Barrel Rohöl der Sorte Brent kostete im April 2021 noch 64,94 US-Dollar. April 2022 schnellte der Barrel hoch auf 104,49 US-Dollar. Lassen Sie sich nicht verkohlen: Der gestiegene Preis hat so gut wie nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun, sondern eher mit dem Wettfieber an den Energie-Börsen. Aus Öl oder Gas kann man auch Strom machen. Die eben genannte Verteuerung bei den Rohsubstanzen schlägt sich dahingehend nieder, dass sie jetzt über ein Drittel des Stromendpreises ausmachen. Vor einem Jahr lag der Anteil bei einem Viertel. Ja, und dann müssen sich die Stromerzeuger noch von ihrer Schuld freikaufen, mit ihren Ausstößen die Umwelt unwiderruflich zu schädigen. Dieser Ablass firmiert als Emissionszertifikat. Und weil immer mehr Stromerzeuger einen Ablassbrief erwerben wollen, kosten Emissionszertifikate jetzt glatt das Doppelte wie vor einem Jahr. Netzentgelte, also die Nutzungsgebühr für die Stromtrassen, sind dagegen nur um bescheidene vier Prozent gestiegen. Und wenn sich Ihr Stromanbieter gar noch verschätzt hat und an der Strombörse kurzfristig ein paar Watt dazu kauft, muss er mit 22,20 Cent glatt viermal mehr berappen als vor einem Jahr. Das hilft wiederum der Kapitalkonzentration auf die Sprünge. Denn kleinere Stromanbieter sind bei solchen Zukäufen kollabiert. Im Prinzip läuft alles auf ein Finale mit den Matadoren EnBW, E.on, RWE und Vattenfall hinaus. Mit der gesteigerten Kartellmacht der großen Vier werden schon einmal den Verbrauchern weitere Preissteigerungen von durchschnittlich 65 Prozent angedroht.

LEBENSMITTEL SO TEUER WIE NIE

Sehen wir den voraussichtlich zehn Prozent Teuerung bei Lebensmitteln laut Statistischem Bundesamt Wiesbaden gefasst ins entzündete Auge. Die Deutsche Allianz hat ausgerechnet, dass Lebensmittel seit Anfang 2021 bis jetzt um 16,6 Prozent gestiegen sind. Hatten Sie eine vergleichbare Lohnerhöhung? Öle und Fette zum Braten und Backen kosten 53 Prozent mehr als im Vorjahr. Mehl zum Backen kostet 28 Prozent mehr, und Nudeln aller Ausformungen kosten 19 Prozent mehr. Aurélien Duthoit von Allianz Trade düster: »Das Schlimmste kommt auf die Haushalte erst noch zu.« Auch im Lebensmitteleinzelhandel werden kleinere Anbieter unter die Räder kommen und auch hier die Kapitalkonzentration beschleunigen, wie Duthoit zu ergänzen weiß: »Die hohe Inflation und der nach der Pandemie verzeichnete Absatzrückgang bei Lebensmitteln in den Geschäften setzen die Rentabilität im Einzelhandel unter Druck.« Noch ein paar Peitschenhiebe zum Schluss dieses Abschnitts: Pflanzliche Speiseöle sind 30 Prozent teurer, tiefgefrorenes Obst plus 22,4 Prozent, Butter plus 17,6 Prozent, Eier plus 17 Prozent und Kartoffeln plus 13,8 Prozent. Wohl bekomm's. Mietpreiserhöhungen sind schwierig zu ermitteln. Zu unterschiedlich sind die Verträge. Da gibt es Staffelmieten oder auch so genannte Indexmieten. Das heißt, dass der Vermieter den vom Mieter entrichteten Mietpreis dynamisch im Gleichtakt mit der Inflationsrate anheben darf. Sehr praktisch. Sie müssen sowieso schon, sagen wir, acht Prozent mehr für Essen und Trinken sowie Autofahren abdrücken. Nun werden ihnen auch noch ohne weitere Diskussionen acht Prozent mehr Miete aufgebrummt. Solange die Inflationsrate moderat ausfiel, sind Index-Mieter damit gut gefahren. Doch jetzt wird es auch ihnen etwas eng um die Brust.

DACH ÜBER DEM KOPF?

Andererseits hat sich strukturell mit der Privatisierung eine moderne Variante der Wegelagerei herauskristallisiert. Einstmals gemeinnützige Wohnungen sind an Heuschrecken verramscht worden. Mittlerweile wurden die verschacherten öffentlichen Wohnungen in gigantischen börsennotierten Verklumpungen wie zum Beispiel Vonovia profitabel verdaut. Die Vonovia verfügt über 565.000 Wohnungen. Da Vonovia wiederum von Vermögensverwaltern wie Blackrock oder Vanguard kontrolliert wird, müssen die Erträge der Wohnungen zu immer größeren Teilen an die Aktionäre abgeführt werden.

Der Ökonom Christian Kreiß in einem Beitrag auf *Apolut*: »Mindestens ein Drittel der Mietzahlungen durch die Mieter von Vonovia fließt in die Dividenden und damit an vermögende Großanleger, die nicht einmal wissen, wo die Wohnungen sind. Würden diese leistungslosen Dividendenzahlungen an Großgrundbesitzer wegfallen, könnten die Mieten um etwa ein Drittel gesenkt werden. Das gilt nicht nur für Vonovia, sondern dürfte auf die meisten vermieteten Immobilien in Deutschland zutreffen.«

Verzweifeln Sie nicht. Tun Sie stattdessen etwas. Generationen vor uns haben sich solidarisch zusammengetan in Genossenschaften. Es lässt sich aus der alternativen Vernetzung erstaunlich viel herausholen. Was Besseres als sein Geld modernen Wegelagerern in den Rachen zu schmeißen gibt es immer.



Inflation wie 1923? *Kinder basteln Drachen und bauen Kartenhäuser aus Geldbündeln. Andreas Mundt schaut aus dem Bundeskartellamt, weiter rechts Magnus Hall (Vattenfall) und Rolf Buch (Vonovia). Habeck und Lindner bauen am Kartenhaus.*
Collage: DW/Ute Feuerstacke



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

PRIVATVERMÖGEN AUF REKORDHOCH

Boston/DW. Laut dem Bericht der Beratungsfirma Boston Consulting Group schoss das Finanzvermögen der reichsten Menschen im Jahr 2021 vor allem durch Börsengewinne rasant in die Höhe. Der »Club der Superreichen«, zu welchem Menschen mit einem Vermögen von mehr als 100 Millionen US-Dollar gehören, zählt nun mit 9.000 neuen Zugängen insgesamt 69.000 Mitglieder. Sie besitzen knapp 15 Prozent des weltweiten Finanzvermögens. In Deutschland besitzen nur 3.100 Superreiche, die bevorzugt in Immobilien investieren, knapp ein Fünftel des Volksvermögens. »Trotz« Corona-Maßnahmen und Ukraine-Krieg verzeichnen die Portfolios der reichsten Menschen weitere Wertzuwächse. (ber)

BARGELD ZU TEUER FÜR DEUTSCHE BANK

Frankfurt am Main/DW. Die Agenda der Bargeldabschaffung wird in kleinen Schritten weitergeführt. Im Rahmen ihrer »strategischen Transformation« wolle die Deutsche Bank die Anzahl an persönlichen Bargeldausgaben verringern. Die Kosten hierfür seien zu hoch, die Ausgabe von Bargeld solle bald in den meisten Filialen komplett beendet werden. (ber)

BITCOIN FINDET IMMER MEHR AKZEPTANZ

Palo Alto/DW. Der US-amerikanische *Online*-Bezahldienst Paypal ermöglicht seinen US-Kunden nun, Bitcoin und andere Kryptowährungen frei auf externe Konten zu überweisen. Darüber hinaus zeigen aktuelle Statistiken auch, dass immer mehr Nutzer mit kleinen Kontoständen das Bitcoin-Netzwerk nutzen, was auf eine breitere Adaption in »unteren« Bevölkerungsschichten schließen lässt. Der Preis pro Bitcoin beträgt zu Redaktionsschluss 28.400 Euro. (ber)

Konfetti und Hungerbonbons

Anstatt dem gesetzlichen Versorgungsauftrag nachzukommen, verteilt die Ampelkoalition 200 Euro an Sozialhilfeempfänger im Stil feudaler Fürsten. | Von Hermann Ploppa

Die Preise steigen und schießen durch alle Decken. Alle Preise? Nein! Die Sozialhilfe bleibt seit vielen, vielen Jahren eisern auf einem sehr niedrigen Stand. Anfang dieses Jahres wurde die Sozialhilfe großzügig um drei Euro auf jetzt 449 Euro pro Monat für alleinstehende Erwachsene angehoben. Zusätzlich hat die Bundesregierung ein »Entlastungspaket« in Höhe von 15 Milliarden Euro beschlossen.

Jeder Leistungsberechtigte soll einmalig 200 Euro erhalten. Zudem sollen »arme Familien« monatlich pro Kind 20 Euro mehr erhalten. Auch ALG I-Bezieher erhalten einmalig 200 Euro auf das Konto. Sozialhilfeempfänger Göran B. aus Berlin-Marzahn: »Von den 200 Euro extra ist auf meinem Konto noch nichts angekommen. Die letzte Woche des Monats kann ich jetzt gar nichts mehr einkaufen.« Die Luft wird dünn am unteren Ende der Sozialdarwinismus-Skala. Der Gesetzgeber hat bestimmt, dass 155,50 Euro im Monat für den Einkauf von Lebensmitteln ausreichen. Fünf Euro pro Tag. Da stehen sie nun beim Discounter: »Soll ich mir jetzt Butter für 2,28 Euro kaufen, oder besser sechs relativ frische Äpfel für drei Euro aus Chile?« Letztlich wird Agrarmüll aus der Ramschkiste gekauft, damit wenigstens der Hunger abgetötet wird.

FÜR KRIEG IST IMMER GELD DA

Das ist gleichermaßen makaber wie bitter, wenn gleichzeitig ein »Sondervermögen« von 100 Milliarden Euro für einen kommenden Weltkrieg aus dem Hut gezaubert wird. Die Schere zwischen Arm und Reich geht ausgerechnet in dem einstigen Musterländle Deutschland dramatisch auseinander. Zwei Gesellschaften in einer Nation. Entsprechend ist die soziale Ignoranz bei den Reichen geworden. Der Chef des Kapitalisten-Lobbyverbandes ifo Clemens Fuest murmelt unerschrocken das Mantra der Marktradikalen: »Weniger Sozialleistungen, weniger öffentliche Leistungen!« Und der zukünftige Bundeskanzler Friedrich Merz fand schon vor Jahren, 132 Euro seien als Sozialhilfe vollkommen ausreichend.

Augenblicklich gibt es in Deutschland 3.566.208 Personen, die Sozialhilfe nach ALG II beziehen. Richtig, es gab schon mal mehr. Wo ist der Rest geblieben? Vermutlich haben sich viele dem ständig wachsenden Heer der 400.000 Wohnungslosen (Stand 2020) angeschlossen. Viele dieser Wohnungslosen können noch für eine gewisse Zeit bei Freunden oder Verwandten unterkommen. Doch sind bereits schätzungsweise 45.000 Mitbürger auf der Straße gelandet und schlafen unter Brücken.

VERWAHRLOSTER »VERFASSUNGSSTAAT«

Hallo?! Wir leben in einem Verfassungsstaat. Nicht in einem Willkürstaat, wo Bakschisch verteilt wird. Und unsere Verfassung sieht vor, dass der Staat dafür Sorge zu tragen hat, dass jeder Bundesbürger ein Anrecht auf Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben hat. Dass er sich angemessen ernähren, kleiden und behausen kann. Ja, sogar dass er kulturelle Veranstaltungen besuchen kann wie jeder andere Bürger auch. Das ist im Grundgesetz geregelt. Dem wurde früher durchaus auch Rechnung getragen. Doch seit dem 1. Januar 2005 gelten die Gesetze für Arbeitslosengeld Römisch I und Römisch II, volkstümlich auch Hartz 4 genannt. Erdacht hat das Gesetz eine Kommission unter Vorsitz des Gewerkschaftsfunktionärs (!) Peter Hartz. Dieses Gesetz ist eindeutig verfassungswidrig. Menschen, die Jahre oder auch Jahrzehnte in ihre Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, bekommen über ALG I nur zwölf Monate einen halbwegs angemessenen Lohnersatz. Um dann mit Personen »zusammengelegt« (ein Begriff aus dem Strafvollzug!) zu werden, die aus welchen Gründen auch immer bislang keine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlen konnten.



Statt Geld in das Sozialwesen zu investieren, füttert die deutsche Regierung die Kriegsmaschinerie. Foto: Georgi Belickin

Wer aber in eine Versicherung einzahlt, hat ja wohl ein dauerhaftes Anrecht auf Auszahlung in leistungsgerechter Höhe – gerade so wie es bei Rentnern auch der Fall ist. Die so genannte »Links«-Partei hat das Projekt einer Verfassungsklage schon lange unter den Tisch fallen lassen. Es wäre höchste Zeit, die verfassungswidrigen Hartz 4-Regelungen vom Tisch zu wischen, anstatt um ein bisschen mehr Gnadenkrümelchen zu betteln.

Aber davon mal ab: Solange Hartz 4 noch sein Unwesen treibt, müssen die Regelsätze auf ein Niveau katapultiert werden, das ein menschenwürdiges Leben und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert.

9-EURO-TICKET: Lebensgenuss in vollen Zügen

Eine packende Idee und ein Pfingsten voller Katastrophen. Wie wäre es stattdessen mit einem guten Verkehrskonzept? | Von Hermann Ploppa

Auch bei der Bundesregierung ist angekommen, dass bei rasant nach oben galoppierenden Preisen und stabil bleibenden Löhnen und Lohnersatzleistungen immer mehr Mitbürger sagen: Wir müssen leider draußen bleiben, wuff!

Weil man aber an der Massenverarmung nichts ändern will, versucht man im Hause Scholz & Co, die Massen mit herunter geworfenen Karamellbonbons und allerlei albernen Gimmicks zu bespaßen. So ein Gimmick ist auch das sagenhafte 9-Euro-Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr. Für neun Euro im Monat kann man bekanntlich überall hinfahren. Damit will man den entstandenen Mobilitätsverlust durch exorbitant hohe Benzinpreise ausgleichen. Das soll Pendler anlocken. Die haben aber ja sowieso schon lange eine Monats- oder Jahreskarte.

Pfingsten war nun der rauschende Großversuch mit dem 9-Euro-Ticket. Offenbar hatten die genialen Planer nicht mit dem durchschlagenden Erfolg ihres Einfalls gerechnet. Denn das Billigangebot wurde massenhaft in Anspruch genommen. Doch es fuhren keineswegs mehr Züge wie sonst auch. Die enthemmten Massen fluteten die Nahverkehrszüge, um mal eben 'ne Juxfahrt nach Sylt oder an die Ostseeküste zu machen. In den Zügen stauten sich die Reiselustigen. Die Waggons waren zu 200 Prozent ihrer Aufnahmekapazität gefüllt. Bundespolizisten mussten die überzähligen Passagiere wieder rauskeulen, ohne Unterschied ob jemand wirklich dringend mit dem Zug fahren musste oder nicht.

ENTGLEISTE REGIERUNG

Die Medien hatten wieder einmal nichts Besseres zu tun als die Aufmerksamkeit von der gänzlich hirnbefreiten Bundesregierung auf eine Rotte Punks zu lenken, die ihre Bierkisten perfekt organisiert am Amazon-Schalter in Westerland abholten und dann einen Hauch von »Malle« am Westerland-Strand zu verbreiten wussten. Schlimmer ging das Freilandexperiment in Karlsruhe aus. Der Bahnhof musste zeitweilig wegen Überlastung geschlossen werden.

Liebe Chaos-Regierung in Berlin: Wie wäre es mit der dauerhaften Einführung eines Nulltarifs in allen öffentlichen Verkehrsmitteln? Kein Scherz: Es kommt deutlich günstiger, wenn die Kosten für den ÖPNV über die Steuern aufgebracht werden. Im Schnitt entfallen nämlich sechs bis fünfzehn Prozent vom Ticket-Preis auf Verkauf und Kontrolle der Fahrkarten. Ich bin gerne bereit, ein Konzept für Nulltarif vorzulegen. Rufen Sie mich an, Herr Wissing.

NATO WILL DEN TOTALEN KRIEG

Neues von der Ostfront
Von Felix Feistel



Wird Deutschland mit den USA bald auf der Verliererseite stehen? Foto: Hannes Henkelmann

Die USA bringen die Ukraine mit schweren Waffen weiter gegen Russland in Stellung, während die russische Armee ihre Zielvorgaben erreicht und scheinbar keine gefallenen Soldaten mehr zu beklagen hat. Das Ende der US-dominierten Weltherrschaft rückt indessen immer näher.

Nachdem die USA sich bis vor Kurzem geweigert haben, Raketenwerfersysteme in die Ukraine zu liefern, die auch russischen Boden erreichen können, hat der Präsident Joe Biden sich nun offenbar umentschieden. Er kündigte an, für die HIRMAS -Mehrfachraketenwerfer solche Geschosse zu liefern, die eine Reichweite von bis zu 300 Kilometern haben, und damit potenziell russischen Boden erreichen können. Zu diesem Schritt habe man sich entschieden, weil die ukrainische Führung versprochen habe, nur ukrainisches Gebiet zu beschießen. Jedoch zählt Kiew auch die Ostukraine und die Krim zu ihrem Gebiet, wohingegen zumindest letztere von russischer Seite betrachtet Teil Russlands ist.

Da die Ukraine seit Beginn der Militäroperation auf ein Eingreifen der Nato hofft, stellt sich zudem die Frage, ob die Geschosse nicht gar gezielt auf russisches Territorium abgeschossen werden. Dem Versprechen gingen Warnungen aus Moskau an Washington und auch Berlin voraus, von weiteren Waffenlieferungen abzusehen. Ansonsten können die Länder als Kriegsparteien betrachtet und damit Ziel militärischer Angriffe werden. Somit wird ein weiterer Schritt in Richtung einer großen Eskalation des Ukraine-Konflikts getan.

UNSTERBLICHE RUSSISCHE SOLDATEN?

Derweil rücken die russischen Truppen in der Ostukraine offenbar weiter vor. Westlichen Medien zufolge erleiden sie dabei große Verluste. Der Kreml hingegen spricht von einer effizienten Strategie, die Verluste vermeide. Schon seit zwei Monaten gibt die russische Seite keine Daten über Verluste mehr heraus. Damals zählten sie etwas mehr als 1.500 gefallene Soldaten. Dies wird damit begründet, dass es keine Verluste gebe. Zwar räumt die Regierung ein, dass Soldaten Verletzungen erleiden, betonen aber zugleich, dass keiner ihrer Soldaten mehr sterbe. In westlichen Medien hingegen ist man überzeugt, dass die Verluste Russlands viel größer sind, als erwartet wurde, und somit die Zahlen verheimlicht werden, um keinen Protest im eigenen Land zu provozieren. Die Ukraine behauptet gar, Russland habe bereits mehr als 30.500 Soldaten verloren.

Während der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj sich nach wie vor siegessicher gibt, ist die Situation laut Regierungsmitarbeitern der Ukraine sehr schlecht. Besonders in der Ostukraine verliert die ukrainische Armee viele Soldaten, während sie dort gleichzeitig vom Nachschub weitgehend abgeschnitten ist. Scott Ritter, ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter der USA, schreibt, dass die Ukraine alle zwei Tage ein Äquivalent von einem Bataillon verliert. Diese Situation scheint nun auch der ukrainischen Armee ins Bewusstsein zu geraten, denn offenbar begehren immer mehr Soldaten gegen das Vorgehen ihrer Regierung auf und weigern sich, in den Kampf zu ziehen, da dieser eine sinnlose Verschwendung von Menschenleben darstelle.

RUSSLAND ERREICHT ZIELVORGABEN

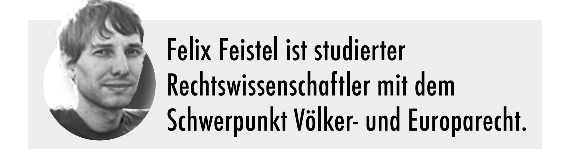
Ritter schreibt weiter, dass Russland dabei sei, seine Ziele zu erreichen, den gesamten Donbass zurückzuerobern, um den Volksrepubliken die von ihnen beanspruchten Territorien zurück zu geben. Die angestrebte Entmilitarisierung sei zwar zu Beginn gut vorangeschritten, durch die massive Unterstützung westlicher Staaten jedoch finde derzeit eine Re-Militarisierung statt. Insgesamt habe der Westen schon mehr Geld in die Aufrüstung der Ukraine investiert, als diese selbst es jemals gekonnt hätte. Weiterhin sei ein Ziel, wenn nicht das wichtigste Ziel Russlands, die Nato aus der Ukraine zu halten und diese dazu zu bewegen, die Verträge über Sicherheitsgarantien, die Russland der Nato und den USA schon im Dezember letzten Jahres vorgelegt habe, zu unterzeichnen.

Damals hatten die Vertreter der USA und der Nato diese Verträge abgelehnt, was als ein Auslöser der militärischen Operation gesehen werden kann. Durch die Militäroperation habe sich die Zusammenarbeit zwischen Kiew und der Nato jedoch intensiviert und die Ukraine sei viel weiter in Richtung des Westens gedrängt worden. Wie lange die Operation noch andauern wird, ist schwer auszumachen. Ukrainische Vertreter sprechen von zwei bis fünf Monaten, wohingegen auch aus russischen Militärkreisen zu hören war, dass sich der Konflikt auch noch bis zu zehn Jahre hinziehen könne.

ENDE DER US-WELTHEGEMONIE

Die Vormachtstellung des Westens jedoch scheint jetzt schon beendet. So hat Russland angekündigt darüber nachzudenken, verschiedene internationale Organisationen zu verlassen, darunter auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Somit würde auch der im nächsten Jahr beratene Pandemievertrag Russland nicht mehr treffen. Auch andere Länder wie Brasilien haben angekündigt, lieber die WHO zu verlassen, als sich dem Regime dieser zu unterwerfen. Zuletzt hatten unter anderem afrikanische Staaten und China eine Änderung der internationalen Gesundheitsvorschriften verhindert.

So hat der Krieg in der Ukraine auch zu einem Ausscheren anderer Staaten vom stramm westlichen Kurs geführt. Russland und China kündigten dagegen an, das Format der BRICS Staaten ausbauen und auch andere Mitglieder aufnehmen zu wollen. Damit kommt die unipolare Weltordnung, die bislang von den USA beherrscht worden ist, an ihr Ende. Die EU-Staaten müssen sich nun entscheiden, ob sie am Rockzipfel der USA untergehen, oder zu einer selbstständigen, unabhängigen Position in der Welt finden wollen. Bislang sieht alles nach ersterem aus.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

KRIEGSKREDITE: TARNNAME »SONDERVERMÖGEN«

Berlin/DW. Die in weiten Teilen der Bevölkerung verhassten Kriegskredite für die Nato (Tarnname »Sondervermögen«) sind am zurückliegenden Wochenende zunächst vom Bundestag angenommen worden. 590 Abgeordnete des Parlaments stimmten für die Kriegskredite, 80 stimmten dagegen, sieben enthielten sich, 58 gaben keine Stimme ab. Eine Erweiterung zur Kontrolle dieses »Sondervermögens« von Seiten der AfD-Fraktion lehnte das Organ ab, ebenso einen Alternativvorschlag der Fraktion der Partei Die Linke, die gegen die Kriegskredite stimmte. Der Bundestag gilt seit März 2020 als de facto gleichgeschaltet. (ale)

REGIERUNG WIRBT UM ZIVILISTEN AN DER WAFFE

Berlin/DW. Laut der Propagandaplattform *Tagesschau.de* wirbt die Bundeswehr verstärkt um Zivilisten. »Die Bundeswehr bildet auch ungediente Männer und Frauen für den Dienst an der Waffe aus«, vermeldete Jürgen Rinner vom *SR* am 5. Juni auf den Seiten des Regierungssenders. Das Programm sei demnach bereits 2019 aufgelegt worden und werde von 13 der 16 deutschen Bundesländer angeboten. 572 Männer und Frauen hätten das Programm durchlaufen, 422 seien noch in der Reserveausbildung für ältere Jahrgänge. (ale)

»LAGEBILD« DER PROPAGANDAKRIEGER

Berlin/DW. »Im Kontext des Ukraine-Krieges haben sich antisemitische Erzählungen normalisiert und sind in allen Gesellschaftsschichten und politischen Lagern«, trauert das Nazi-Blättchen *Die Tageszeitung* (*Taz*). Dies, nachdem die Propagandaagentur »Amadeu-Antonio-Stiftung« (AAS) ihr »Neuntes Lagebild« zur Nato-Propaganda am Mittwoch veröffentlicht hatte. Die Perversion von ihrerseits radikal-neofaschistschen Konzernstrukturen wie *Taz* und AAS monieren Experten seit der Finanzkrise ab 2007: Die Gleichsetzung aller Oppositioneller mit »Rechtsextremismus« und anderen plumpen Beschimpfungen sei ein »PR-Trick«, um eine menschenrechtswidrige Agenda durchzusetzen. (ale)

ATTENTATE UND WAFFENRECHT

Washington/DW. Nach dem Amoklauf in einer US-amerikanischen Schule in Uvalde (Texas) im Mai, stimmte die Repräsentantenkammer am Mittwoch für eine Anhebung des Mindestalters für den Waffenkauf in den USA auf 21 Jahre. Zudem wurden Munitionsmagazine mit einer Kapazität von mehr als 15 Schuss für den Handel verboten. In den USA läuft – auch lanciert vom Tiefen Staat – eine Diskussion über den Zweiten Verfassungszusatz, der Waffen für Privatpersonen zulässt. (jro)

»EINE SOFTWARE REGI

Die Terrorsekte des* Great Reset *will das System kontrolliert zum Einsturz bringen, um danach die totale Macht zu üb

Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft? *DW* trifft den berühmten »Wolff of Wall Street« in Berlin. Der frühere Börsenmanager Ernst Wolff läuterte sich ab der Jahrtausendwende und brachte mehrere weltweit rezipierte Bücher über das angloamerikanische Finanzsystem heraus.

DW: Was hat es mit diesen im *Mainstream* viel zitierten »100 Milliarden für die Bundeswehr« auf sich?
Ernst Wolff: Das irre an diesen 100 Milliarden Euro ist ja, dass man während der Corona-Krise nicht einmal 100 Millionen für die Intensivstationen freigegeben hat. Es hieß ja immer, es habe dieses große Problem mit den Intensivstationen gegeben. Hätte man allerdings 100 Millionen Euro da reingesteckt, wäre dieses »Problem« vom Tisch gewesen. Jetzt wird allen Ernstes das Tausendfache davon einfach so für die Bundeswehr ausgegeben. Und das geht wohlgemerkt nicht an die Bundeswehr sondern an die Rüstungskonzerne. Im Hintergrund verdienen also immer die gleichen Hauptaktionäre: Blackrock, Vanguard, State Street und Fidelity.

Wo kommen diese hundert Milliarden Euro so plötzlich her?
E.W.: Das wird durch das Steueraufkommen finanziert, da wird der Staatshaushalt belastet. Natürlich müssen dafür neue Kredite aufgenommen werden, aber die Staatsverschuldung spielt inzwischen überhaupt keine Rolle mehr. Ich denke, das ist alles beabsichtigt: Man geht davon aus, dass dieses System sowieso nicht mehr lange existieren wird. Man plündert es also solange, bis alles in sich zusammenbricht.

Wie können wir uns diesen Zusammenbruch konkret vorstellen?
E.W.: Der nächste Zusammenbruch wird wie auch der letzte »Beinahe-Zusammenbruch« im März/April 2020 gesteuert sein. Der letzte Beinahe-Zusammenbruch ist vorsätzlich über die *Lockdowns* herbeigeführt worden. Der nächste Zusammenbruch im System könnte aber ein totaler Kollaps sein, nach welchem man dann ein neues Geld einführen wird.

Was ist dieses »neue Geld«?
E.W.: Digitales Zentralbankgeld, an dem alle Zentralbanken dieser Welt gerade mit Hochdruck arbeiten. Es gibt inzwischen auch größere Länderversuche: zum Beispiel Nigeria hat den »eNaira« eingeführt. Im Königreich Bhutan wurde auch Zentralbankgeld eingeführt. Die USA haben ihre Versuchsfelder in der Karibik erweitert. Die Schweizer Nationalbank (SNB) hat sich für den Winter mit großen Unternehmen Tests vorgenommen. Da passiert ganz viel in der Richtung. Sie sind noch nicht ganz bereit, aber sehr bald wird man nach dem großen Knall mit dem neuen Geld aufwarten.

Was wird mit dem Zentralbankgeld beabsichtigt?
E.W.: Das wird mit dem universellen Grundeinkommen verknüpft werden. Der ganz große Plan des *Great Reset* ist es ja, die finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen zum Einsturz zu bringen. Die Leute müssen am Boden liegen, damit man ihnen mit einem »humanitären Akt« das universelle Grundeinkommen als Lösung anbieten kann. Aus der Not heraus sollen die Menschen dann das Digitale Zentralbankgeld akzeptieren und somit in ein digitales Gefängnis geführt werden.

Wie schnell wird der ganze Prozess vonstattengehen?
E.W.: Sie wären gerne weiter. Die Europäische Zentralbank ist in diesem Rennen vor den USA. Aber den größten Vorsprung haben die Chinesen. Ich denke auch, dass der Abzug der Amerikaner aus Afghanistan etwas damit zu tun hat. Die Chinesen könnten hier die USA erpresst haben, mit ihrem Zentralbankgeld können sie nämlich auch außerhalb Chinas, über die Neue Seidenstraße und in Teilen Afrikas, auftrumpfen. Das wäre ein großer Vorteil für die Machtausweitung der Chinesen.

Spielen die einzelnen Staaten tatsächlich gegeneinander?
E.W.: Es ist im Grunde völlig egal, was die einzelnen Akteure auf der nationalen Ebene subjektiv denken oder tun. Am Ende nützt ihre Politik immer dem industriell-digital-finanziellen Komplex. Auch alles was Putin tut, steigert nur die Profite der Kriegsindustrie. Die großen Vermögensverwalter verdienen an allem. Hier noch eine interessante Randnotiz: die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) steckt seit einigen Jahren in Schwierigkeiten. Die haben dort einen eigenen »Digital-Komplex« mit den Unternehmen Ali Baba, Tencent und so weiter. Und dieser Komplex ist immer mächtiger geworden. Die KPCh möchte aber unter allen Umständen die alleinige Macht behalten. Diese Reibereien wusste der »westliche digital-finanzielle Komplex« für sich zu nutzen und hat Beziehungen zur KPCh aufgebaut. Im letzten Jahr fand in Beijing ein Treffen des International Finance Forum (IFF), die chinesische Variante des World Economic Forum (WEF), statt. Das ist eine internationale Finanzorganisation, in der auch alle Spitzen der westlichen Finanz dabei sind: Horst Köhler, ehemaliger geschäftsführender Direktor des Währungsfonds (IWF), Jean-Claude Trichet, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, aktuelle Präsidentin der EZB, Kristalina Georgiewa, aktuelle geschäftsführende Direktorin des IWF, Blackrock-Chef Larry Fink und so weiter.



Gespräch mit Hintergrund in Berlin: Alexander Wagner (DW-Redakteur, Eltern stehen auf) mit Finanzexperte Ernst Wolff (r.).

Dieses Interview können Sie als Video anschauen:
- Telegram-Kanal t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- demokratischerwiderstand.de/presseklub

»DIE INFLATION STEHT ERST AM ANFANG«

Was wurde bei diesem Treffen diskutiert?
E.W.: Bei diesem Treffen hat der für die Einführung des »eYuan« zuständige Kader der KPCh gesagt, dass man das chinesische Zentralbankgeld auf dem Ethereum-Netzwerk (*Blockchain*-basiertes System zum Verwalten von Programmen und Kontrakten, Anm. d. Red) oder auf dem Diem-Netzwerk (private Komplementärwährung von Meta-Platforms, ehemals Facebook, Red.) einführen könnte. Da gibt es also eine direkte Zusammenarbeit. Das hätte eigentlich in allen Zeitungen und Medien für Schlagzeilen sorgen müssen. Der Vorschlag, die chinesische Zentralbank-Währung auf westlichen Plattformen einzuführen, ist eine absolute Sensation. Vor allem zeigt mir das, dass im Hintergrund ganz andere Fäden gesponnen werden, als uns vorgemacht wird.

Wer sind denn die entscheidenden Köpfe hinter dem Machtkartell des digital-finanziellen Komplexes?
E.W.: Das Interessante ist heutzutage, dass der entscheidende Kopf hinter diesen Strukturen kein Mensch mehr ist, sondern künstliche Intelligenz. Das Datenanalysesystem von Blackrock: Aladdin. Es hat seit seinem Start 1988 so gut wie alle Daten aus dem Finanzsystem gesammelt und verarbeitet diese, um als Risikomanagementplattform beispielsweise Investitionen und Portfolios zu bewerten und durchzuspielen. Viele glauben, dass Larry Fink als Chef von Blackrock der mächtigste Akteur der Finanzwelt sei. Dieser kann jedoch morgen mit einem Herzinfarkt umkippen – Blackrock kann aber mit Aladdin weiterarbeiten.

Der Mensch hat also Systeme geschaffen, die ihm über den Kopf wachsen?
E.W.: Viele sagen, wir stünden am Anfang des transhumanistischen Zeitalters: Der Mensch soll mit der digitalen Sphäre verbunden werden. Die künstliche Intelligenz (KI) würde bald die Führung übernehmen. Was das Finanzsystem angeht, kann ich aber sagen: Die KI hat bereits übernommen.

Die hohen Spritpreise erzeugen nun mehr Widerstand in der Bevölkerung als die freiheitsbeschränkenden Maßnahmen der letzten zwei Jahre?
E.W.: Wenn es den Leuten direkt und spürbar ans Geld geht, ist es natürlich ganz besonders bitter. Doch die Inflation steht erst am Anfang, sie wird in nächster Zeit noch richtig reinhauen. Was wir ganz klar erkennen müssen: Was uns beispielsweise vom Finanzminister Robert Habeck über die Inflation erzählt wird, ist großer Quatsch. Der Ukraine-Krieg trägt nur minimal zur Inflation bei. 95 Prozent der Inflation entsteht durch die ultralockere Geldpolitik der letzten Jahre. Und das wird weiter eskalieren.

Der Ukraine-Krieg eignet sich hervorragend als Ausrede für alle wirtschaftlichen und politischen Fehlentwicklungen und Maßnahmen. Wurde dieser Konflikt künstlich erzeugt?
E.W.: Das ist schwer zu beurteilen, aber klar ist, dass alle tatsächlichen und möglichen Konflikte auf der Welt, auch im Nahen Osten oder im südchinesischen Meer dem oben beschriebenen Machtkartell in die Hände spielen. Die Hauptaktionäre sind immer die großen Gewinner, sie verdienen durch die Aufrüstung und Verschuldung aller Parteien.

Haben Sie noch Hoffnung für die Menschheit?
E.W.: Natürlich machen diese Entwicklungen nervös, die aktuelle Richtung ist auch nicht gut für uns, aber ich denke, dass das dermaßen gegen die Natur des Menschen geht, dass wir bald kollektiv dagegen aufstehen werden. Momentan ist der Widerstand noch sehr gering, die meisten Menschen sind noch in einer Schockstarre – es dauert einfach eine Weile, bis man sich davon löst. Wenn die Menschen sich aber davon lösen, werden sie wahrscheinlich sehr wütend werden. Uns stehen sehr unruhige Zeiten bevor, der soziale Frieden ist für die nächste geschichtliche Phase nicht gewährleistet. Ich glaube aber an die menschliche Natur, die es nicht zulassen wird, dass wir uns das auf Dauer gefallen lassen werden.

Ernst Wolff, wir danken für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte DW-Redakteur Ali Wagner.

IERT JETZT DIE WELT?«

bernehmen. | **DW-Exklusivinterview mit dem Finanzexperten Ernst Wolff und zwei wichtige Stimmen aus dem Volk.**



»Die Rüstungsausgaben sind ein Skandal!«

Betriebswirtin und Mutter Nadine im Gespräch mit DW.

DW: Bitte stellen Sie sich kurz vor!
Mein Name ist Nadine. Ich bin 46 Jahre alt und Mutter eines 14-jährigen Sohnes. Seit acht Jahren sitze ich nach einem Unfall mit einer Querschnittslähmung im Rollstuhl. Ich bin Frührentnerin und beziehe eine Erwerbsminderungsrente, die ungefähr dem Hartz-IV-Regelsatz entspricht. Bis zum Unfall habe ich als Betriebswirtin im Bereich Hauswirtschaft gearbeitet.

DW: Welche Auswirkungen hat die derzeitige Wirtschaftspolitik unserer Regierung auf Ihr Leben?
N.: Das Einkaufen ist momentan extrem teuer. Schätzungsweise gebe ich wöchentlich 20 Euro mehr aus als vor der Krise. Bei meinem übersichtlichen Budget kann ich mir das eigentlich nicht leisten. Nach der Trennung von meinem Mann lebt unser Sohn im Wechsel bei Vater und Mutter. Das heißt, dass ich den halben Monat einen Esser mehr zu versorgen habe. Trotz meiner Ausbildung in dem Bereich ist das schwer zu realisieren. Für etwaige Bekleidung ist weder für den Sohn, noch für die Mutter Geld übrig. Da ich noch einen alten Kredit bedienen muss, bin ich auf die Unterstützung meiner Eltern angewiesen. Ohne die wäre der Gang zur Tafel unumgänglich.

DW: Wie sollte die Politik jetzt handeln?
N.: Die Rüstungsausgaben für diesen unsinnigen Krieg sind ein Skandal. Diese 100 Milliarden auch noch Sondervermögen zu nennen, ist unglaublich dreist. Das Geld müsste an die wirklich Bedürftigen fließen. Hier in Niedersachsen lebt jedes vierte Kind in Armut. Den meisten Rentnern geht es auch nicht besser. Viele Menschen kommen nur mit zwei oder drei Jobs über die Runden. Den Leuten im Ahrtal wurde kaum geholfen, aber zehn Milliarden Euro sind nach Indien geflossen. Nichts gegen Entwicklungshilfe, aber bitte erst dann, wenn es den Menschen hier besser geht. Unterm Strich muss ich sagen, unsere Regierung versagt auf ganzer Linie.

»Regierung will Mittelstand zerstören!«

Der Unternehmer Axel Turck im Gespräch mit DW.

DW: Bitte stellen Sie sich kurz vor!
Mein Name ist Axel Turck, ich bin mittelständischer Unternehmer aus Lüdenscheid. Mein Aluminium-Druckguss-Betrieb ist Zulieferer für die Maschinenbau-, Fahrrad- und Leuchtindustrie. Ich engagiere mich politisch in der Partei Die Basis, war zweimal Gast im Corona-Ausschuss und bereits mehrere Male Demo-Anmelder, weshalb man versucht hat, mich medial zu zerstören.

DW: Welche Auswirkungen hat die derzeitige Wirtschaftspolitik unserer Regierung auf Ihren Betrieb?
A.T.: Die Probleme sind vielfältig und existenzbedrohend. Die Stahlpreise explodieren, die Lieferketten sind unterbrochen. Das schadet unserer Innovationsfähigkeit enorm. Schon jetzt sind als Folge der Inflation unsere Auftragseingänge massiv eingebrochen. Sollten wir bald bis zu 300 Prozent mehr für unseren Energiebedarf zahlen müssen, wäre das dramatisch.

DW: Wie sollte die Politik jetzt handeln?
A.T.: Der Krieg gegen die Ukraine muss schleunigst beendet werden. Meine Hoffnung ist gering, denn der Westen setzt weiter auf Eskalation statt auf Diplomatie. Die Konsequenz: Deutschland geht als Industriestandort den Bach runter. Wenn meinem Betrieb das Gas abgedreht wird, können wir innerhalb von vier Wochen die Arbeit einstellen. Ich bin mittlerweile überzeugt: Die Regierung will den Mittelstand zerstören, die Bevölkerung verarmen, um eine neue Weltordnung zu schaffen. Die Menschen müssen endlich aufwachen, auf die Straßen und vor die Rathäuser ziehen und der Politik klarmachen, dass sie diesen Wahnsinn nicht mehr mitmachen.

Die Fragen für die Interviews auf dieser Seite stellten Hannes Henkelmann und Klaus Müller. Die Poträtfotos schoss Hannes Henkelmann.



Geschichte geschrieben, weiter vorwärts!

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand gibt nicht auf

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND
1. 2. 3.
FREIHEIT GLEICHHEIT GESCHWISTERLICHKEIT
NICHTOHNEUNS.DE

Sie sehen: Das zweite Flugblatt der Demokratiebewegung vom März 2020. Am 28. März 2020 hatte die weltweit erste Demonstration gegen das Corona-Putschregime in Berlin stattgefunden.

Die dezentrale Demokratiebewegung NichtOhneUns und viele weitere Initiativen folgten, darunter die historischen Demonstrationen von Querdenken mit Millionen Teilnehmern am 1. August 2020 sowie ein erster und ein zweiter Corona-Ausschuss mit Videos von Anwälten im Internet.

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, entstanden aus diesen ersten Flugblättern, konzipiert und gestaltet vom Publizisten Anselm Lenz mit dem Dramaturgen Hendrik Sodenkamp, verbreitet sich seit 17. April 2020 bundesweit. Die fünfte Ausgabe erreichte eine Auflage von über 700.000 Exemplaren. Wir wollen und werden bleiben ⊙ ABO Seite 15, SPENDEN siehe Titelseite.

»1. UNSER GRÖSSTER SIEG WIRD DAS ZURÜCKERLANGEN UNSERER GRUND- UND FREIHEITSRECHTE SEIN!
2. SOLLTE DIE REGIERUNG SIE FREIWILLIG ZURÜCKGEBEN, WERDEN WIR RICHTIG GEHANDELT HABEN.
3. SOLLTE DIE REGIERUNG SICH JEDOCH DAUERHAFT ZU EINEM TOTALITÄREN REGIME WANDELN – DANN WERDEN WIR UMSO MEHR GEBRAUCHT WORDEN SEIN!«

Die Redaktion & die HerausgeberInnen — Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand

DAS SCHERBENGERICHT

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot soll zum Schweigen gebracht werden. | Von Anke Behrend

Es begann mit einer Art Scherbengericht bei Markus Lanz am 3. Juni 2022. Als Vertreter der Anklage waren die Rüstungslobbyistin der FDP Marie-Agnes Strack-Zimmermann, *CNN*-Korrespondent Frederik Pleitgen und als weiterer »Regierungssprecher« der Moderator selbst angetreten, um an Ulrike Guérot ein Exempel zu statuieren.

Ulrike Guérot, Politikwissenschaftlerin, seit 2021 mit Professur für Europapolitik an der Universität Bonn, hatte im politischen Europa eine Bilderbuchkarriere hingelegt, gehörte zur Funktionselite und war als überzeugte Demokratin und Europäerin eine etablierte und gefragte Expertin. Als solche sah sie sich in der Verantwortung, zur Corona-Politik kritisch Stellung zu beziehen und veröffentlichte gemeinsam mit Jürgen Overhoff, Markus Gabriel, Hedwig Richter und René Schlott im März 2021 das »Manifest der offenen Gesellschaft«. Weitere Wortmeldungen unter anderem bei #allesaufdentisch sowie ihr Buch »Wer schweigt, stimmt zu« (Westend Verlag), mittlerweile *Spiegel*-Bestseller, folgten. Als sie sich zum Ukraine-Konflikt erneut gegen die Regierungslinie positionierte, war klar: Diese Abtrünnige aus den eigenen Reihen muss zum Schweigen gebracht werden.

Nach einem sehr sachlichen Eingangsstatement von Guérot, Fragen nach den Zielen, Interessenlagen der Kriegsparteien und den Wurzeln des Konfliktes, blies Markus Lanz in seiner *Talk-Show* zum Angriff: »Wer fängt an?« Danach konnte Guérot keinen Satz mehr beenden. Den drei Gegenspielern war keine Polemik zu billig, kein Vergleich zu plump, um deutlich zu machen, wer hier das Sagen hat und was mit Abweichlern passiert.

SYSTEMATISCHE MEINUNGSMACHE

Dieses Szenario kennt man von Lanz & Co seit zwei Jahren. Unter anderem Hendrick Streeck und Sahra Wagenknecht wurden auf ähnliche Weise abgefertigt. Hier soll Meinung nicht gesagt, sondern gemacht werden. Die Protagonisten werden nach Drehbuch besetzt, um den Abweichler vor aller Augen zur Strecke zu bringen. Doch Lanz war erst der Anfang. Am nächsten Morgen erschien in der *FAZ* ein Artikel mit Plagiatsvorwürfen. Guérot habe in ihrem neuesten Buch an drei stellen abgeschrieben. Faktisch hat sie in der Tat an drei Stellen die Anführungszeichen vergessen, auf die Verfasser aber inhaltlich Bezug genommen. Da es sich nicht um eine wissenschaftliche Veröffentlichung handelt, sondern um ein Sachbuch, eine polemische Streitschrift, ist ihr das nicht als Wissenschaftlerin anzukreiden.

Am 7. Juni legte die *FAZ* nach mit weiteren Plagiatsvorwürfen bezüglich des Buches »Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie« (2016 Dietz-Verlag). Fehler passieren, einige werden damit Spitzenpolitikerinnen, andere werden öffentlich und konzertiert vernichtet.

SOLIDARITÄT MIT DEMOKRATEN

Guérot war die letzte der etablierten Kritiker die in den Altmedien noch zu Wort kamen, eine Abtrünnige aus den eigenen Reihen und eine kompetente Stimme. Und gerade das macht ihre Glaubwürdigkeit aus. Sie, die Europaexpertin, die beim Weltwirtschaftsforum (WEF) eingeladen war und bei Politikern und Medien ein- und ausging, hat es gewagt, sich abzuwenden und das Lager zu wechseln. Umso wichtiger ist, dass die Demokratiebewegung solidarisch hinter Ulrike Guérot steht. Denn ist es nicht genau das, was uns ausmacht und unser Bestreben ist? Dass Menschen aus den Machtapparaten und etablierten Strukturen es wagen, ihre Stimme zu erheben und sich uns anzuschließen?

Die Demokratiebewegung hat geleistet, was kaum einer politischen Bewegung zuvor gelungen ist: Sie vereinigt Menschen mit unterschiedlichster politischer Herkunft unter einem gemeinsamen Ziel, der bedingungslosen Wiederherstellung unserer Grundrechte. Bei uns wird der Diskurs geführt, den Politik und Medien seit über zwei Jahren verweigern. Die Schmutzkampagnen können wir der Gegenseite überlassen, die sich damit nur selbst delegitimiert.



Anke Behrend ist TV-Profi, Autorin und Redakteurin dieser Wochenzeitung.



ABSOLUTE WAHRHEIT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Daniel von Wachter

»Es gibt keine absolute Wahrheit« wird oft gesagt. Wirklich? Man kann das sagen, aber wirklich glauben kann man das nicht.

Es stimmt, es gibt viel Lüge und viel Irrtum. Unfehlbarkeit ist keine Eigenschaft des Menschen. Die Dinge sind von ihm unabhängig, denn der Mensch ist nicht der allmächtige Schöpfer, daher kann er sich täuschen. Aber das heißt nicht, dass es keine Wahrheit gäbe. Sich für unfehlbar zu halten, wäre genauso irrsinnig, wie zu sagen, es gebe keine Wahrheit.

Aber wer entscheidet denn dann, was wahr ist? Keiner! Die Frage ist falsch gestellt. Es liegt in niemandes Macht zu entscheiden, was wahr ist.

Keine Verordnung und kein »Gesetz« der Regierung und kein Urteil eines Gerichts kann eine falsche Behauptung wahr oder eine wahre Überzeugung falsch machen. Auch kein »Faktenchecker« kann das. Die können sich aufplustern, ihre Sicht als selbstverständlich oder als wissenschaftlichen Konsens hinstellen und die Abweichler als Schwurbler und schädliche Elemente hinstellen. Sie können die Abweichler sogar bestrafen und ihre Urteile »Im Namen des Volkes« oder »Im Namen des Rechts« verkünden. Ob sie recht haben, das liegt allein an der Wirklichkeit. Weil das nicht allen gefällt, gibt es Sprüche wie »Es gibt keine absolute Wahrheit«. Vor dem Richterstuhl der Wirklichkeit sind alle gleich, Macht nützt dort nichts. Die Wahrheit ist nicht verfügbar, sondern nur erkennbar.

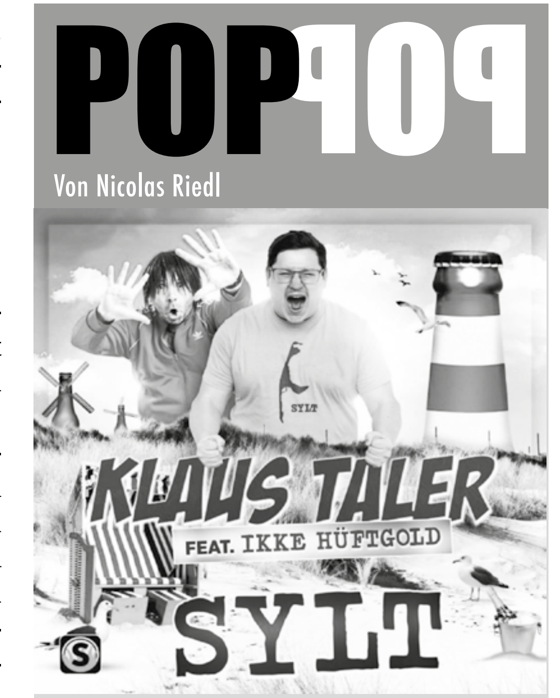
Das ist ein guter Trost. Wer die Wahrheit sucht, statt sich auf die Regierung, Faktenchecker oder seinen Arzt zu verlassen, hat gute Chancen, die Wahrheit zu erkennen und Propaganda zu vermeiden. All das Schreien und das Schimpfen auf die Schwurbler ist ohne Bedeutung für die Wahrheit.

Wir Christen glauben zudem, dass einmal die Wahrheit offenbar werden wird und dass es ein Gericht geben wird. Eines, das nicht Pseudogesetze wie das »Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« verwendet, sondern ein richtiges Gericht.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de

POP POP

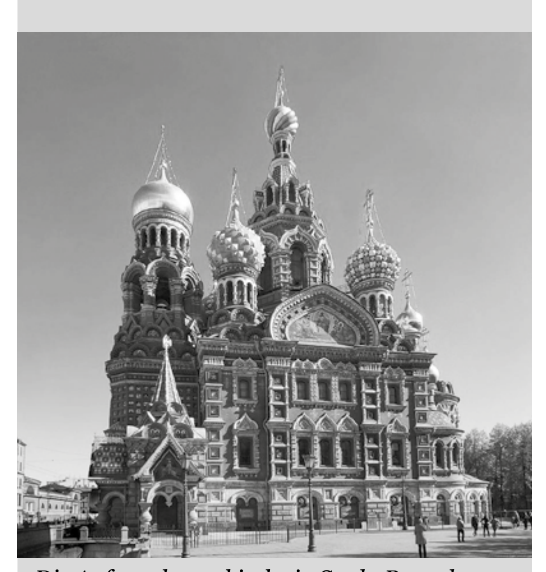
Von Nicolas Riedl



Der Ballermann ist diesjährig auf Sylt. Foto: Summerfield Records

KLASSEN-KULTURSCHOCK AUF SYLT

Das 9-Euro-Ticket dient offenkundig als Beruhigungspille, um die Gemüter der zu erwartenden Preisexplosionen vorerst zu besänftigen. Dieser Schachzug der Verkehrspolitik treibt erste bizarre Blüten. Durch das *Flatrate*-Reisen wurde für einen Großteil der einkommensschwachen Bürger der Zugang zu Luxusreisezielen wie etwa Sylt erschwinglich. Im Vorfeld durch die Meme-Kultur im Netz angeheizt, reisten ab dem 1. Juni Punker aber auch Party-Touristen für nur neun Euro über den Hindenburgdamm nach Westerland und machten Sylt zum Ballermann. Punker campierten auf den Straßen, und an den Stränden floss Dosenbier statt Prosecco. Der Ballermann-Sänger Klaus Taler reagierte prompt mit seinem neuen Sauflied »Sylt«. Ergründet man die Wurzeln dieses Phänomens, so wäre – nach geläufiger *Mainstream*-Erzählung – Putin daran schuld, dass Sylt nun zur Partyhölle wurde.



Die Auferstehungskirche in Sankt Petersburg. Foto: Je-str

SANKTIONEN KÖNNEN KULTURAUSTAUSCH NICHT ERSTICKEN

Den Sanktionen zum Trotz bleibt ein Teil des kulturellen Austausches mit Russland bestehen. So findet in St. Petersburg das »Paläste von Sankt Petersburg« Sommermusikfestival statt, bei welchem auch italienische Künstler zugegen sein werden. Auch lädt das Moskauer Jazzfestival Musiker aus aller Welt zu sich ein. Die Musik als globale Sprache kann nicht verstummen.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Die Nemesis der Medizin.
Die Kritik der Medikalisierung des Lebens
Ivan Illich
Beck C.H.
978-3-406-77679-3



Vom Verlust der Freiheit.
Klimakrise, Migrationskrise, Coronakraise
Raymond Unger
Europa Verlag
978-3-95890-343-2



Ratgeber Impfdruck und Impfpflicht.
Selbstachtung und Würde bewahren
Thomas Mayer
Neue Erde GmbH
978-3-89060-827-3



Also sprach Corona.
Die Psychologie einer geistigen Pandemie
Wilfried Nelles
Scorpio
978-3-95803-390-0



Schaden in der Oberleitung.
Das geplante Desaster der Deutschen Bahn
Arno Luik
Westend
978-3-86489-267-7



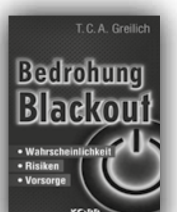
Das Inflationsgespenst.
Eine Weltgeschichte von Geld und Wert
Thomas Mayer
Ecowin
978-3-7110-0305-8



Trans- und Posthumanismus.
zur Einführung
Janina Loh
Junius
978-3-88506-808-2



Die Furcht vor der Freiheit.
Erich Fromm, Rainer Funk
dtv
978-3-423-35024-2



Blackout.
Morgen ist es zu spät
Marc Elsberg
Blanvalet
978-3442380299



Momo.
Michael Ende
Thienemann Verlag
978-3522202756

Didi kackt ab

von Anselm Lenz

Er war unter der »Corona« ein glühender Verehrer des Regimes. Nennen wir ihn hier Didi.

Wir hatten uns 2016 beim Kapitalismustribunal in Wien kennengelernt. Didi war einer jener Studienabbrecher, die es über Agenturen, Jobs und antideutsche Hetzblättchen zum DGB geschafft hatten. Jenen Gewerkschaftsbund, dessen Auftrag es ist, Arbeit und Industrieproduktion auf Kurs Transatlantik zu halten. You name it: »PPP.«

Mit dem ersten Kriegsmanöver, der Corona-Lüge, hatte Didi noch den wahren Kommunismus kommen sehen. Der frühere Konkret- und Hastenichtgesehen-Autor beschimpfte mich, denunzierte und verleumdete mich sogar bei meinen Verlegern in Wien und Hamburg. Didi ist auch schon von der Erscheinung her jenes, was man in unseren Kreisen einen »kleinen Wichser« nennt. Aber dafür kann er nichts.

In der ablaufenden Woche nun sein ganz persönliches Walhalla. In einem Moment von »ich bin angetrunken, einsam und in Berlin« ruft er mich an. Ob man das klären könne? Seine karge Wohnung: eine Mischung aus teurem Design und Bourdieu.

Mit dem Krieg um die Nato-Präsenz in der Ukraine fällt ihm alles aus der Krone.



»Wollt Ihr wieder fallen, damit die Aktien steigen?« *Collage: John Heartfield*

Nein, die Nato war nie gut, nein, Russland ist auch nicht engelsgleich, nein, die USA werden nie zur Star-Trek-Ausnahme-Universalzivilisation, nein, die Deutschen sind nicht per se die Bösen.

Als er seinen Kopf im Schneidersitz immer wieder gegen seinen Heizkörper zu donnern beginnt und wimmernd zusammensinkt, schreite ich ein. Ich trage ihn auf sein Sofa – alte Pizza-Packung weggekickt, der Kleine ist schwer. Ich gehe und lasse ihn – am Daumen nuckelnd, P.P.P? – zurück. »Didi was a Punkrocker, yes, he was.« – Es war ein Mittwoch wie ein Donnerstag.



SPORT MIT BERTHOLD

NUMMER 1, 2 ODER 3? STARKE NERVEN!

Ein einziger Fehler und Du bist der Depp der Nation. Torhüter sind ganz spezielle Typen. Es sind auf jeden Fall harte Typen.

Da sie oft mit dem Torwarttrainer separat trainieren, haben Torhüter einen besonderen Status. Es ist immer eine schwierige Entscheidung, wenn sich der Cheftrainer entscheiden muss, wer die Nummer 1 und wer die Nummer 2 ist. Die 1 spielt eine ganze Saison und darf niemals Fehler machen. Die 2 wartet auf der Bank, bis sich die 1 einmal verletzt oder völlig außer Form kommt – und muss dann »von jetzt auf gleich« hundertprozentig da sein. Die Torhüter, die ich kennengelernt habe, waren untereinander kollegial, trotz des Konkurrenzkampfes um den Platz auf der Torlinie. Denn für Torhüter gibt es eben nur diese eine Option. Auf der Ebene der Nationalmannschaft wusste ich als Abwehrspieler, dass man sich auf die Nummer 1, die Nummer 2 – und auch auf die Nummer 3 – verlassen kann. Alle drei waren absolute Spitze. Mannschaftsgeist ist: »Alle für einen!« Aber im Kasten steht eben nur – »einer für alle«. Das verlangt allen starke Nerven ab.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 93. Ausgabe ab Samstag, 11. Juni 2022. | Redaktionsschluss war am 9. Mai. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Jill Sandjaja, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 94 erscheint am 18. Juni 2022.